STADT STEIN AM RHEIN

Sitzung 02/12 des Einwohnerrates

Freitag, 13. April 2012, 20.00 - 22.35 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Schlatter	Richard	Pro Stein	Präsident
Anwesend:	Einwohnerrat			
	Berner	Georg	parteilos	
	Cantieni	Arthur	SP	
	Derrer	Jörg	SP	Stimmenzähler
	Eimer	Claudia Pia	parteilos	Vizepräsidentin
	Käser	Werner	FDP	Aktuar
	Knecht	Ursula	FDP	
	Lengwiler	Guido	Pro Stein	
	Marty	Franz	CVP	
	Oster	Rolf	SP	
	Rietmann	Katharina	Pro Stein	
	Schlatter	Richard	Pro Stein	
	Schmid	Werner	FDP	Stimmenzähler
	Vetterli	Ruedi	parteilos	
	Weibel	Urs	SP	
	Stadtrat			
	Böhni	Ernst	Werkreferent	
	Hug	Beat	Baureferent	
	Meile	René	Vizepräsident/Sozialreferent	
	Schilling	Heidi	Finanzreferentin	
	Verwaltung			
	Brügel	Stephan	Stadtschreiber	
	Grötchen	Robert	Polizeichef/Weibel	
Entschuldigt:	Ullmann	André	Pro Stein	
	Hostettmann	Franz	Stadtpräsident	
Protokoll:	Widmer	Yvonne	Protokollführerin	

Traktanden

1. Protokollgenehmigung
2. Motion Verwaltungsreform
   Genehmigung der Anpassung von Art. 47 Anstellungs- und Besoldungsreglement
   Anpassungen des Stellenplans
3. Kindertagesstätte Schatztrue
   Aufhebung des Vertrages mit dem Verein für familienergänzende Kinderbetreuung
   Übernahme des Betriebes und der Liegenschaft GB Nr. 354
   durch die Stadt
4. Burgackerstrasse, Strassen- und Werkleitungssanierung
   Kreditantrag über Fr. 1'515'000
5. Wärmeverbund Stein am Rhein
   Netzausbau Bärengass:
   Genehmigung des Baukredites über Fr. 225'000
6. Postulat Marty: Ärztezentrum in Verbindung mit Alterswohnungen
7. Postulat Marty: Nachhilfestunden an den Schulen der Stadt Stein am Rhein
8. Allgemeine Umfrage

Einwohnerratspräsident Richard Schlatter eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüsst die Anwesenden.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

INNERES, Einwohnerrat, Protokolle **03.20.005**

1. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Sitzung vom 24. Februar 2012 wird genehmigt.

INNERES, Gemeindewesen, Verwaltung und Betrieb **03.30.030**

2. Motion Verwaltungsreform
Genehmigung der Anpassung von Art. 47 Anstellungs- und Besoldungsreglement
Anpassungen des Stellenplans

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, möchte informieren, dass am 19. März 2012 bereits eine Sitzung mit dem Stadtrat und einem Fachmann auf dem Gebiet Verwaltungsreform stattgefunden hat. Sie wurden über die Idee informiert und erhielten auch schon Einblick in die heutige Vorlage. Es gab noch kleine Anpassungen der Vorlage, aber der Einwohnerrat ist gut im Bilde.

René Meile, Vizepräsident, weist darauf hin, dass eine ausführliche Vorlage verteilt worden ist und er nicht auf alle Punkte, die darin aufgeführt sind, eingehen kann, dass

er davon ausgeht, dass zumindest der Einwohnerrat diese Vorlage studiert hat. Aufgrund der zahlreichen Zuschauer möchte er aber dennoch einige Ausführungen machen. An der Sitzung vom 24. Februar 2012 hat der Einwohnerrat die Motion für eine Verwaltungsreform an den Stadtrat überwiesen und diesen damit beauftragt, dem Einwohnerrat Bericht und Antrag zu einer durchzuführenden Verwaltungsreform zu unterbreiten. Der Stadtrat und die Stellenplankommission haben sich verschiedentlich und eingehend mit dem Stellenplan und der Organisation der Stadtverwaltung befasst. Allen – den Mitarbeitenden, dem Stadt- und dem Einwohnerrat – ist bewusst, dass Veränderungen notwendig sind. Mit der Vorlage schlagen sie eine Verwaltungs-Reorganisation vor, die eine klare Trennung zwischen politisch-strategischer und operativer Verwaltungsebene bringt. Auf Seite 2 der Vorlage werden dazu ausführliche Erläuterungen gemacht. Der Stadtrat soll sich aufgrund dieser, vermehrt auf die strategische Führung konzentrieren, Routinegeschäfte sollen wegfallen und den Stadtrat entlasten, diese werden in Zukunft durch die Verwaltung erledigt. Der Stadtrat plant, eine Verwaltungsführung einzusetzen. Diese besteht, wie im Organigramm weiter hinten ersichtlich, aus dem Stadtschreiber, der Bereichsleiterin Soziales, dem Bereichsleiter Einwohnerdienste (dem jetzigen Zentralverwalter) und der neu zu schaffenden Stelle Bereichsleiter Bau. Zu den einzelnen Abteilungen beinhaltet die Vorlage eine eingehende Analyse der heutigen Situation. Wichtig ist es René Meile vorauszuschicken, dass wenn hier Kritik geübt wird, dies nicht geschieht, um auszudrücken, dass die heutigen Mitarbeiter ihre Arbeit nicht gut erledigen würden, das Personal ist sehr gut, diese arbeiten sehr gut, speditiv und werden das auch künftig machen.

Das Stadtpräsidium ist heute ein 90% Pensum und hat dazu geführt, dass der Stadtpräsident eigentliche Verwaltungsarbeit ausführt, insbesondere im Bereich Bau. Dies ist im Hinblick auf Neuwahlen, wenn man das so weiterführen möchte, ein echtes Problem. Das führt auch zu einem Ungleichgewicht im Stadtrat, da die anderen Stadträte nur 20% Pensen haben. Zudem hat der Stadtpräsident noch Einsitz in der Windler-Stiftung und hat damit die Möglichkeit, verschiedene Vorlagen zu beeinflussen.

In der **Stadtkanzlei** ist die Situation so, dass aufgrund der Unterbesetzung in anderen Bereichen, zahlreiche Geschäfte, die nicht durch die Stadtkanzlei erledigt werden müssten, durch diese erledigt werden. Es entsteht eine Überbelastung, sodass eigentlich zu wenig Zeit übrig bleibt für die eigentlichen Aufgabe. Dies wäre eigentlich die Führung und Koordination der Stadtratskanzlei und aller Aufgaben, die in der Stadt zu erfüllen sind. Die Einwohnerkontrolle funktioniert gut, dort sind einfach die räumlichen Verhältnisse, insbesondere für Gehbehinderte, äusserst unbefriedigend.

In der **Sozialabteilung** wäre eigentlich die Stellvertretung des Stadtschreibers. Aufgrund der jetzigen Situation erfolgt diese Stellvertretung nur unbefriedigend. Auch hier ist die räumliche Situation unbefriedigend, es herrscht keine Privatsphäre, da in diesem Raum auch noch eine zweite Person arbeitet.

Die **Stadtpolizei** ist in der jetzigen Situation direkt dem Referenten unterstellt, dies verursacht schwierige Abgrenzungen, unklare Verhältnisse und nicht definierte Führungsstrukturen. Die Aufgabenvielfalt dieser Abteilung ist enorm. Die Stadtpolizisten erledigen Aufgaben wie Gebäudeunterhalt, Rettungsboot, Bootsplätze, Führungen, Empfänge, Kehrichtwesen, allgemeine Schalter- und Verkaufsdienste, Markt- und Veranstaltungswesen, Strassenbeleuchtung und Materialwart Feuerwehr, was alleine gegen 40% ausmacht.

Das **Stadtarchiv** von Stein am Rhein hat eine enorme Bedeutung. Auch dieses ist direkt dem Referenten unterstellt und auch hier sind die Führungsstrukturen nicht optimal

und nicht klar definiert. Das Stadtarchiv ist zu wenig mit der Verwaltung verbunden, was auch zu unbefriedigenden Verhältnissen führt.

Die **Bauverwaltung** ist ein riesiger Bereich mit unheimlich vielen Aufgaben. Stein am Rhein hat eine grosse Infrastruktur, viele Bauten und Liegenschaften. In dieser Abteilung ist eine völlig ungenügende personelle Kapazität vorhanden und auch die Stellvertretung ist völlig ungenügend. Auch die räumliche Situation ist ungenügend. Beim **Bauamt** ist der Leiter viel zu viel mit administrativen Aufgaben beschäftigt, was nicht so geplant war, aber unter der jetzigen Situation einfach so ist, aber überhaupt nicht befriedigt.

Bei **Finanzen/Steuern/Einwohnerdienste** ist es so, dass diese häufig Aufgaben aus anderen Bereichen übernehmen müssen. Es bestehen personelle Engpässe und massive zeitliche Belastungen. Doppelspurigkeiten betreffend Personendaten und Personenbetreuung sind ebenfalls ein Problem und auch da ist die räumliche Situation unbefriedigend.

Aufgrund dieser ausführlichen Analyse schlägt ihnen der Stadtrat eine neue Struktur und Organisation vor. Im Organigramm sieht man, wie das in etwa aussehen könnte. Wichtig ist, dass in Zukunft die Bearbeitung von Aufträgen und Arbeiten kundenorientiert am richtigen Ort erfolgen soll, mit angepassten Kompetenzen im Rahmen der von der politischen Behörde festgesetzten Ziele und Vorgaben. Die Verwaltung löst die Aufgaben projekt- und prozessorientiert, was ganz wichtig ist, unter Einbezug aller Fachrichtungen und vorhandenen Kompetenzen. Die Arbeitsabläufe sind effektiv und effizient. Die Führung der Bereichsleiter erfolgt durch die zuständigen Referatsvorsteher/-innen, diejenigen der übrigen Mitarbeitenden grundsätzlich durch die unmittelbaren Vorgesetzten. Wichtig hier ist, dass diese Veränderungen räumliche Anforderungen zur Folge haben werden, diese sind aber nicht Gegenstand dieser Vorlage.

Die **Stadtkanzlei** soll neu eine zentrale Stabstelle des Stadtrates sein. Sie erbringt die notwendigen rechtlichen und administrativen Sekretariatsdienste und ist Koordinationsstelle in allen Belangen. Sie wird vom Stadtschreiber geleitet, welcher der Stadtpräsidentin oder dem Stadtpräsidenten untersteht. Die Stadtkanzlei ist neu als Zentralsekretariat zu verstehen. Sie hat insbesondere eine koordinierende Funktion und erbringt inhaltliche, terminliche und organisatorische Dienstleistungen zuhanden Stadtrat aber auch der übrigen Abteilungen. Dem Stadtschreiber sind neu auch die Bereiche Sicherheit und Kultur zugeteilt.

Die **Stadtpolizei** wird von nicht polizeilichen Aufgaben entlastet. Dies wurde bereits eingehend aufgrund der Dienstpläne der letzten fünf Jahre analysiert. Die Neuzuteilung erfolgt schrittweise an Abteilungen, die die notwendige Kompetenz und Kapazität aufweisen. Während einer gewissen Übergangszeit muss und wird die Erfüllung intern abgesprochen und einzeln zugewiesen. Allenfalls sind während dieser Zeit situationsbedingt auch temporäre Massnahmen notwendig.

Im **Stadtarchiv** schlägt der Stadtrat vor, dass man die Stellenprozente belässt, aber neu mit einer Fachfrau oder einem Fachmann Information/Dokumentation besetzt. Diese Person ist aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage sicherzustellen, dass die Akten in der Stadtverwaltung so abgelegt werden, dass diese anschliessend ins Archiv übergeben werden können, dass man also das Nötige vom Unnötigen trennt, das ist heute in einer Verwaltung wichtig. Wir möchten ja, dass das Archiv nach wie vor auf einem guten Stand ist, damit man nicht nur heute sondern auch in 300 Jahren noch über Unterlagen verfügt. Beim historischen Teil, der in Anbetracht der Bedeutung des Archives auch sehr wichtig ist, würde man eine neue Lösung suchen. Da ist der Einbezug einer

externen Stelle geplant und eine gesonderte Finanzierung wurde bereits ins Auge gefasst, da der Stadtrat findet, das Archiv ist ebenso wichtig wie die Fassadenmalerei am Rathausplatz. Wenn das gelingt, ist sichergestellt, dass das historische Archiv auch in Zukunft durch eine historisch ausgebildete Person betreut wird.

Im **Soziales, Erb- und Vormundschaft** ist weiterhin das Sozialwesen angesiedelt, das Erbschaftsamt und das Vormundschaftssekretariat, wobei da auf das neue Jahr sowieso eine Neuerung kommen wird im Zusammenhang mit dem neuen Kinder- und Erwachsenenschutz-Gesetz. Da ist man bereits im Gespräch mit anderen Gemeinden im Bezirk. Neu zugeordnet wird dem Bereich Soziales die Jugendarbeitsstelle und gegebenenfalls die Kindertagesstätte. Das Alters- und Pflegeheim wird als eigenständige Institution geführt, wie später auf dem Organigramm ersichtlich.

Die **Finanzen, Steuern und Einwohnerdienste** sollen als Dienstzweig Einwohnerdienste sämtliche Dienstleitungen im Schalterbereich der städtischen Verwaltung neu erbringen. Das beginnt bei den Hundemarken, GA, Fundbüro, Wahlorganisation, Ausweise, Bescheinigungen usw. Die Bereiche Finanzen und Steuern behalten ihren Aufgabenbereich.

Bei **Bau und Werke** ist geplant, neu einen Bereichsleiter Bau anzustellen, der auch über ein Bausekretariat verfügt. Dieser ist mit der ganzen Infrastruktur dem Bereich Bauten unterstellt und ist eine der vier Personen, die der Verwaltungsführung angehören.

Die **Forstequipe** selber ist dann wieder wie das Altersheim eine eigene Geschichte, die man im Prinzip so weiterführt wie es jetzt ist.

Im Organigramm auf Seite 8 sieht man, dass neu der Stadtpräsident über ein Pensum von 50% verfügen wird, der Baureferent über 25% und das Sozialreferat, Finanzreferat/Schule und das Werkreferat je über 20%. Neu gibt es die Verwaltungsführung, diese wird gebildet durch die Bereichsleiterin Soziales, dem Bereichsleiter Einwohnerdienste, dem Stadtschreiber/Stadtkanzlei und dem Bereichsleiter Bau. Alter und Gesundheit mit dem Alters- und Pflegeheim und dem Bereich Spitex sowie der Forst sind dem jeweiligen Referenten direkt unterstellt.

In der Vorlage wird auch geschildert, wie man sich dann mit den verschiedenen Kompetenzen vorstellt und wie man diese neu ordnet. Da ist man am Erstellen eines Papieres, mit dessen Hilfe man genau zuordnet, wer dann für welche Aufgabe zuständig ist. Das ist eine immense Arbeit, muss aber einfach einmal gemacht werden. Die Vorlage beinhaltet auch Führungsgrundsätze. Das Wichtigste erscheint René Meile, dass man auch über die Abteilungen miteinander in einem Team arbeiten wird. Auch die Verwaltungsführung soll vermehrt in einem Team erfolgen. Der Stadtrat wird für die Überwachung zuständig sein, dass diese Grundsätze auch eingehalten werden. Wichtig sind in diesem Zusammenhang die Transparenz und die Information der jeweiligen Behörde, aber auch der Bevölkerung.

Die Auswirkungen sieht man auf der Zusammenstellung mit den Stellenprozenten. Das Stadtpräsidium wird um 0,4 Stellen reduziert, bei der Stadtpolizei konnte aufgrund der Reduktion auf die Polizeiarbeit um 1 Stelle reduziert werden, die nicht mehr besetzt wurde, bei der Bauverwaltung gibt es 1,2 Stellen mehr und bei den Werken gibt es 0,2 mehr. Minus und Plus gleichen sich am Schluss aus und es gibt 0, es wird einfach anders verteilt. Wenn man es finanziell betrachtet, sieht man in der Aufstellung, was die jeweiligen Veränderungen mit sich bringen und auch da gibt es keine Mehrausgaben, aber auch keine Minderausgaben. Das heisst, das Ganze ist kostenneutral und da einige Pensionierungen anstehen, ist davon auszugehen, dass das Ganze sicher nicht kos-

tentreibend sein wird, da man, wenn man neue Leute anstellt, tendenziell eher jüngere Personen hat, die auf einem tieferen Lohnniveau einsteigen. Wichtig ist, es ist keine Sparvorlage, es kostet nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Der Vorschlag wurde bereits der erweiterten Stellenplankommission unterbreitet und diese fand erfreulicherweise, dass sie auf dem richtigen Weg sind. Dass die Richtung stimmt und es gute Lösungen sind. Der Stadtrat hat auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeladen und vorgängig informiert, da sie der Meinung waren, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dies nicht aus der Presse erfahren sollten, sondern persönlich orientiert werden, was auf jeden einzelnen zukommt. Dies war eine gute Veranstaltung und René Meile ist überzeugt, dass alles auf gutem Wege ist.

Der Stadtrat sieht mit dieser Vorlage ein grosses Potential, um mit den geänderten Strukturen die grossen, anstehenden Aufgaben anzugehen und die Behördentätigkeit und Verwaltungsaufgaben in Zukunft kompetent ausüben zu können. Die Verwaltungsreform führt zu einer besseren Zusammenarbeit im Stadtrat und der Verwaltung, zu klar definierten Anlaufstellen innerhalb der Verwaltung und damit zur allgemeinen Verbesserung für die Kunden und die Mitarbeitenden. Das Ganze soll dann eigentlich auch zu einer neuen Kultur führen, wie man arbeitet: mehr im Team, über die verschiedenen Bereiche hinaus, prozessorientiert. Das Ganze ist nicht weltbewegend, die Vorlage ist nicht weltbewegend, die Knochenarbeit kommt nämlich erst. Alle begeben sich auf einen Prozess, sie bemühen sich, dass man diesen zusammen mit den Mitarbeitern sinnvoll gestaltet, die Schnittstellen gut definiert, die Aufgaben neu zuordnet, immer mit Einbezug der Mitarbeiter. Es funktioniert nur mit den Mitarbeitern, nicht gegen diese.

Der Stadtrat ersucht den Einwohnerrat um wohlwollende Prüfung und Zustimmung zu den geforderten Änderungen.

Eintretensdebatte

Werner Käser, FDP, erklärt, dass die bürgerliche Fraktion die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform anerkennt, wie diese von allen Fraktionen verlangt worden ist und zu der heute eine Vorlage des Stadtrates vorliegt. Die Anpassung des Stellenplans ist eine logische Folge der Bemühungen, einerseits politisch-strategische und operative Ebene zu trennen und andererseits das bisher riesige Informationsgefälle zwischen vollamtlichen und nebenamtlichen Mandatsträgern zu verringern.

Ganz unkritisch wurde die Vorlage dennoch nicht aufgenommen. Die Tendenz, Aufgaben und Kompetenzen von den gewählten, politisch verantwortlichen Mandatsträgern hin zu nicht gewählten, angestellte Verwaltungspersonen zu verschieben, wird die bürgerliche Fraktion in Zukunft aufmerksam beobachten. Ein Anliegen ist, dass die gute Dienstleistungsqualität im Rathaus, insbesondere auch der Stadtpolizei, erhalten bleibt.

Die Notwendigkeit der Verwaltungsreform im Allgemeinen und die Richtigkeit der heute vorgeschlagenen Anpassungen des Stellenplans im Besonderen sind nicht bestritten. Die Fraktion ist selbstverständlich für Eintreten auf die Vorlage.

Georg Berner, parteilos, schliesst sich im Namen der Pro Stein den Worten des Vorredners an und ist ebenfalls für Eintreten.

Rolf Oster, SP, erklärt, dass auch ihre Fraktion sich ihre Gedanken gemacht hat. Sie finden es wichtig, dass die operative und strategische Führung getrennt wird. Das sind Dinge, die in der Stellenplankommission schon länger moniert worden sind und wenn man das Gemeindegesetz anschaut, ist das auch dort ein Punkt, der eigentlich umgesetzt werden sollte. Die Fraktion findet es auch richtig, wenn die Mitglieder des Stadt-

rats einigermassen gleiches Gewicht haben, damit sie ihre Geschäfte auch richtig in den Rat bringen können und nicht ein Mandatsträger bevorteilt wird durch mehr Wissen, weil er einfach mehr Zeit zur Verfügung hat. In der Verwaltungsführung ist es wichtig, dass Stellvertretungen und Verantwortlichkeiten klar definiert und diese auch umgesetzt werden. Schlussendlich ist es wichtig, dass man eine klare Struktur hat, was die Führung im Rathaus betrifft, damit der Bürger effizient die Dienstleistungen der Verwaltung nutzen kann. Die Fraktion ist für Eintreten und wird dieser Vorlage auch zustimmen.

Detailberatung

Seite 3

Urs Weibel, SP, möchte darauf hinweisen, dass neben anderen der Stadtschreiber und der Zentralverwalter einen enormen Einsatz geleistet haben, auch bei der Erarbeitung dieser Vorlage und auch in Zukunft gefordert sein werden. Diese sollten in Zukunft entlastet werden und dennoch kommen wieder neue Aufgaben dazu. Sicherheit und Kultur, das neu beim Stadtschreiber sein wird. Seine Gedanken in die Runde, dass man auch aus der Vergangenheit mit dem letzten Stadtschreiber seine Lehren zieht, dass man die geleisteten Mehrstunden im Auge hat, dass man diese offen kommuniziert in beide Richtungen und auch die Verantwortung wahr nimmt und versucht die Leute, die im Moment einen sehr grossen Einsatz leisten nicht zu vergrämen, sondern diesen muss man, wie allen anderen auch, Sorge tragen. Dass man insbesondere betreffend Zentralverwalter und Stadtschreiber in geordnete Bahnen kommt.

Seite 6

Claudia Eimer, parteilos, möchte nochmals darauf hinweisen, dass es für unser Städtchen wichtig ist einen Historiker oder eine Historikerin zu haben. Die immateriellen und materiellen Schätze, die im Archiv vorhanden sind, gehören zu unserer Kultur und unserem Kulturgut wie unsere Fassaden, die Burg, das Kloster usw. So hofft sie, dass in diesem Sinne schon bald eine gute Lösung gefunden werden kann, wie das Stadtarchiv wieder besetzt werden kann.

Seite 8

Georg Berner, parteilos, stimmt dem Votum von Urs Pfister sehr zu. Er hat das letzte Mal vorgeschlagen, einen Betrag von Fr. 80‘000 zuzustimmen, ohne die Schleusen zu öffnen, um genau solche Sachen abzufangen und zu dämpfen. Er ist auch der Meinung, es ist eine Mehrbelastung mit so einer Verwaltungsreform.

Um zu wissen, wie man steht, hat er das letzte Mal schon versucht beliebt zu machen, dass man von der Verwaltung einen Meilenstein-Plan bekäme, auf dem man sieht, wo man steht im Prozess. Das muss nichts Grosses sein, eine A4 oder A3 Seite auf der man sieht, wo man steht. Es würde viel mehr kosten, wenn jemand ausfällt und vor allem auf der administrativen Ebene wäre eine Person zu 50% zur Entlastung sicher möglich, ohne die Schleuse zu öffnen.

Franz Marty, CVP, möchte eigentlich ins gleiche Horn stossen. Er ist der Ansicht, dass vor allem beim Stadtschreiber sofort eine Entlastung geschaffen werden müsste. Man könne problemlos bis abends um acht Uhr ins Rathaus anrufen und dieser nehme das Telefon ab und dies mehrmals pro Woche. Und das möchte er eigentlich nicht mehr. Dies hatte man schon zwei Mal und dies möchte er so einfach nicht mehr. Dies müsste man nicht erst Mitte Mai oder Juni, wenn die Stadtpräsidentin oder Stadtpräsident klar ist angehen, sondern sofort, sonst laufe man dort in ein sehr grosses Problem hinein.

René Meile, Vizepräsident, erwidert, auch dem Stadtrat sei natürlich bewusst, dass dies alles eine enorme Belastung sei. Eigentlich sei das Ziel, dass dieser am Schluss eine „ruhige Kugel“ schieben könnte, wenn alles funktioniert, aber dies werde wohl nie so sein. Der Stadtrat hat dies im Auge und hat ja auch die Kompetenzen um Sachen extern zu vergeben, wenn sie finden, sie hätten jetzt dafür einfach keine Kapazität mehr in der Verwaltung. Und was Georg Berner verlangt hat, das ist klar, wenn sie jetzt auf diesen Weg gehen, müssen solche Pläne erstellt werden mit dem zeitlichen Raster. Ansonsten haben sie die Finanzkompetenz und werden diese ausschöpfen, wo es Sinn macht.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, weist nochmals darauf hin, dass eine solch lange Präsenzzeit des Stadtschreibers problematisch ist und man in dieser Richtung für Entlastung sorgen muss. Er möchte noch wissen, ob man schon ungefähr weiss, bis wann man mit einem solchen Meilenstein-Plan rechnen kann.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, weist darauf hin, dass ein ganz wichtiges Element die neue Person ist, die gewählt wird, ohne diese passiert gar nichts. Die neue Stadtpräsidentin, der neue Stadtpräsident muss in diesem Prozess beteiligt sein. Und so lange können Vorarbeiten geleistet werden, aber damit die neuen Stellen im Bereich Archiv und Bau ausgeschrieben werden können, was wirklich eine grosse Entlastung bringen wird, da sind sie daran, mit dem externen Begleiter einen Stellenbeschrieb in Teilen zu erstellen, aber anschliessend funktioniert es nur als Miteinander mit der neu gewählten Person.

<u>Seite 9</u>

Werner Schmid, FDP, möchte wissen, wie weit die Ausarbeitung eines Unterhaltskonzeptes ist.

René Meile, Vizepräsident, erklärt, das Unterhaltskonzept sei das eine. Dann gebe es aber noch Verschiebungen von bisherigen Aufgaben der Stadtpolizei und dann gebe es auch noch Verschiebungen, wenn der Bereichsleiter Bau eingestellt ist. Davon versprechen sie sich gewisse Entlastungen beim Bauamt-Leiter. All diese Dinge müssen zusammen mit den Betroffenen besprochen werden und erst dann können die Schnittstellen und das Pflichtenheft zusammengestellt und danach auch die Stelle ausgeschrieben werden. Das ist alles im Fluss und nach einer genauen Analyse aller Aufgaben kann dann alles genau definiert werden. Zudem hat es auch noch mit den verschiedenen Personen zu tun, wer kann welche Aufgabe überhaupt erledigen. Mehr kann er dazu auch noch nicht sagen.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, erklärt, dass neben dem Tagesgeschäft sie daran sind, eine solche Liste, die nicht vollständig ist, zu erstellen. Die ersten zwei Seiten sind fertig. Dieses ganze Papier mit der Funktionenzuweisung, mit der Aufgabenzuweisung usw. sind sie jetzt am Erarbeiten. Sie haben sich das Ziel gesetzt, dass sie ca. bis Mitte Mai mal soweit sind. Es gibt immer wieder Neuerungen, so übernimmt das Bauamt zum Beispiel neu das Polizeiboot, da passieren immer wieder so ganz kleine Verschiebungen von Aufgaben. Mehr kann er dazu nicht sagen und wenn die Vorlage heute abgelehnt würde, was er nicht hofft, wäre die ganze Arbeit für die Katze gewesen.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, weist noch darauf hin, auch aus Gesprächen mit anderen Einwohnerräten, dass von ihnen aus diese Seite 9 hätte weggelassen werden können. Es gibt aber gesetzliche Vorschriften, die das in einer solchen Vorlage verlangen. Es kann immer wieder Verschiebungen geben, das sind sie sich bewusst und sie hätten diese Freiheit gerne dem Stadtrat überlassen, diese Anpassungen noch zu machen, falls nötig, aber im Moment braucht es diese Tabelle in dieser Form.

Werner Schmid, FDP, meldet sich nochmals zu Wort und erklärt, er sei mit dem Stellenplan wie er hier vorliege durchaus einverstanden, er finde ihn aber einfach viel zu eng gefasst. Er ist überzeugt, dies werde so nicht ausreichen, es wird mehr brauchen.

Georg Berner, parteilos, kann dieses Votum nur unterstützen. Er geht auch davon aus, dass sich der Stadtrat hier ein zu enges Korsett anzieht und es ist für ihn ein Beweis, dass das, was vorher von Seiten der Einwohnerräte gesagt worden ist, nicht ganz angekommen ist. Die Vorlage zeigt nämlich auf, dass keine zusätzlichen Stellen geschaffen werden und er möchte dies grundsätzliche so nicht verabschieden. Die Folgekosten wären enorm und dieses Risiko möchte er nicht eingehen. Er kann sich den Aussagen von Werner Schmid nur anschliessen, dies ist alles viel zu eng gefasst und aus seiner Sicht wurden die Aussagen des Einwohnerrates nicht ernst genommen.

Rolf Oster, SP, hört das Votum von Georg Berner eigentlich sehr positiv. Er hat einfach die Erinnerung aus der Vergangenheit, dass die bürgerliche Seite eigentlich immer anders gesprochen hat. Er findet das sehr gut und er möchte Georg Berner auch unterstützen, da man schon mehrmals gehört hat, ein Sekretariat könnte auch Entlastung bringen. Die Aussage, dass der Stadtschreiber auch abends um acht Uhr noch das Telefon abnimmt zeigt, dass dieser tagsüber oft durch Telefonanrufe in seiner Arbeit gestört wird und wenn man dort eine Unterstützung hätte, könnte dies eine grosse Entlastung bringen.

Franz Marty, CVP, möchte keine parteipolitischen Gräben aufreissen, aber das Votum von Rolf Oster sei eine gröbere Nummer gewesen. Er erinnere sich, die 50% Sekretariatsstelle war vor der letzten Stadtpräsidenten-Wahl ein Thema und wurde lustigerweise explizit von der SP bekämpft, da man in Leserbriefen geschrieben hat, man wolle nicht mehr Beamte im Rathaus, da er seinerzeit das Präsidium auf 50% kürzen wollte. Das sei jetzt eine Steilvorlage gewesen.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, erklärt, für ihn sei die vorliegende Tabelle keine Endfassung. So könnte es dann einmal laufen, wenn alles eingespielt ist und alles abgeschlossen ist, wenn jeder weiss was seine Aufgaben sind. Bis dorthin kann es noch eine Weile gehen und darf auch noch eine Zeit gehen. Man nimmt sich besser diese Zeit für die Umsetzung und hat dann schlussendlich ein Ergebnis, das stimmt und funktioniert. Auf dem Weg dorthin ist der Einwohnerrat sehr wohlwollend gegenüber Anpassungen.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, möchte darauf hinweisen, dass die räumlichen Einschränkungen ein grosses Problem sind. Sie haben Anfragen von Personen, die gerne ein Praktikum bei der Stadt machen würden, aber leider sind keine möglichen Arbeitsplätze vorhanden, es gibt keinen Platz! Die einzige Möglichkeit wäre, im Korridor zu arbeiten.

<u>Seite 12</u>

Georg Berner, parteilos, möchte darauf hinweisen, wenn man die Darstellung auf Seite 2 und das Organigramm auf Seite 8 so genehmigt, ist der jetzige Teil so einmal angepasst. Er möchte den Stadtrat einladen, dass dieser dem Einwohnerrat im richtigen Moment sagt, wenn man in der Verfassung nachfassen muss und dort auch einige Punkte anpasst. Es geht aus seiner Sicht nicht, dass der Einwohnerrat eine Geschäftsleitung mit Chef-Beamten installiert, die auf finanzieller Seite keinerlei Kompetenzen hat. Dies muss zwingend angepasst werden, um, wie durch René Meile erwähnt, die Zukunftsfähigkeit sicherzustellen. Er hat die Erwartungshaltung an den Stadtrat, dass dieser auf den Einwohnerrat zukommt, wenn sie glauben, dass in einer Arbeitsgruppe des Einwohnerrates die Kompetenzen der Chefbeamten und der gesamten Verwaltung

angepasst werden müssen. Nur der Stadtrat kann entscheiden, wenn im Prozess der richtige Zeitpunkt dafür gekommen ist.

Urs Weibel, SP, denkt, der Prozess ist wichtig und die Kommission, die jetzt gefordert ist, ist die Stellenplan-Kommission. Diese ist auch die wichtigste Kommission, die in diesem Prozess informiert werden muss, diese Kommission muss in der jetzigen Situation am Ball bleiben.

Georg Berner, parteilos, ist mit den Aussagen von Urs Weibel durchaus einverstanden. Er hat aber die Erwartungshaltung an den Einwohnerrat, dass man in der Stellenplankommission nicht mehr über 0,2 Stellen abstimmt, sondern nur noch über die totalen Stellenprozente. Wenn man das weiterhin so macht, kann die Geschäftsleitung nicht funktionieren. Jetzt macht man das nochmals so, aber in Zukunft muss man dies dringend ändern.

Beschluss:

1. **Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig die Anpassung von Art. 47 des Anstellungs- und Besoldungsreglements. Das Pensum des Stadtpräsidiums wird auf 50% festgesetzt.**
2. **Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig die Stellenplananpassungen wie folgt:**

Bereich	Stellen bisher	Stellen neu	Änderungen
Stadtpräsidium	0.90	0.50	- 0.40
Stadtpolizei	3.00	2.00	- 1.00
Bauverwaltung	6.28	7.48	+ 1.20
Werke	10.90	11.10	+ 0.20

3. **Die Änderungen treten auf den 01.06.2012 in Kraft.**

Mitteilung an:
Stadtratsmitglieder
Stadtschreiber
Zentralverwaltung
Sozialsekretariat
Ablage

SOZIALES, Fürsorge, Kindertagesstätte **08.15.017**

3. Kindertagesstätte Schatztrue
Aufhebung des Vertrages mit dem Verein für familienergänzende Kinderbetreuung
Übernahme des Betriebes und der Liegenschaft GB Nr. 354 durch die Stadt

Heidi Schilling, Finanzreferentin, erörtert die Vorlage. Im Jahre 2002 eröffnete der Verein für familienergänzende Kinderbetreuung die Kita Schatztrue in den Räumlichkeiten im Offenen Zentrum. Die ersten Jahre des Betriebs waren geprägt durch Aufbauarbeit. Das Angebot konnte während diesen 10 Jahren laufend ausgebaut und den wachsenden Bedürfnissen angepasst werden. In den letzten Jahren erlebte die Kita einen richtigen Boom. Sie betreut heute dank weiteren Neuanmeldungen insgesamt 60

Kinder. Die Tatsache, dass neuerdings eine Warteliste besteht für weitere Interessenten zeigt die Attraktivität und Notwendigkeit der Tagesbetreuung auf.

Die Kita erfüllt eine wichtige soziale Aufgabe im Interesse der Stadt. Die Kita Schatztrue bietet eine vollumfängliche, familienergänzende Kinderbetreuung von Säuglingen, Kleinkindern, Kindergarten- und schulpflichtigen Kindern, zur Unterstützung von Familie und Schule sowie zur Förderung der Wirtschaft. Die Eltern profitieren von einer professionellen, zuverlässigen, ganztägigen Kinderbetreuung an Werktagen. Für Eltern ist das Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung bei der Wahl des Wohnortes ein wichtiger Entscheidungsfaktor. Aus dieser Sicht stellt die Kita auch einen Standortvorteil dar. Die Kita ist inzwischen auch Lehrbetrieb mit drei Lehrstellen im Fachbereich Betreuung und bietet Praktikantinnen und Praktikanten, die sich für den Beruf interessieren die Möglichkeit, sich auf die Berufsbildung vorzubereiten.

Die Führung eines Betriebes von dieser Grösse erfordert eine hohe Einsatzbereitschaft. Die Mitglieder des Trägervereins bewältigten seit der Vereinsgründung immense betriebliche und administrative Aufgaben auf ehrenamtlicher Basis. Die ständig zunehmende Arbeit und Verantwortung haben aber auch dazu geführt, dass es immer schwieriger wurde, qualifizierte Personen für den Vereinsvorstand zu finden. Im Betriebsjahr 2011 haben sich zwei Vorstandsmitglieder aus dem VfK verabschiedet. Die Präsidentin des Vereins möchte aus persönlichen Gründen ebenfalls von ihrem Amt zurücktreten. Eine Nachfolge für die Vakanzen konnte nicht gefunden werden. Aus diesem Grund hat der Verein für familienergänzende Kinderbetreuung Verhandlungen mit dem Stadtrat aufgenommen mit dem Ziel, den Betrieb der Kita an die Stadt zu übergeben und dadurch nachhaltig zu sichern. Der Stadtrat ist sich bewusst, mit dem Aufgeben der Vereinsstruktur eine ideale Basis zu verlassen. Der Stadtrat hat sich auch nicht leichtfertig entschieden dem Einwohnerrat die Überführung der Kita in die Stadt zu beantragen. Er hat erkannt, dass wichtige Funktionen im Vereins-Vorstand nicht mehr besetzt werden können. Aufgrund der fehlenden Vorstandsmitglieder und des fehlenden Präsidiums wäre der weitere Betrieb der Kita akut gefährdet. Für Eltern, Kinder, Mitarbeiterinnen und für die Bevölkerung ist es wichtig zu wissen, dass die Führung der Kita auch in Zukunft sichergestellt ist.

Im September 2011 haben die Stimmberechtigten an der Urne deutlich Ja gesagt zur Kita. Ein Kostendach von Fr. 135'000 pro Jahr wurde bewilligt. Die Stadt übernimmt die Differenz zwischen den Elternbeiträgen und den vollen Kosten bis zu diesen 135'000 also bereits heute. Die Überführung der Kita in eine städtische Einrichtung soll nicht zu Mehrkosten führen. Der Stadtrat kann gegebenenfalls die Tarife anpassen.

Es ist vorgesehen, dass die Stadt den Betrieb der Kita sowie die Liegenschaft Offenes Zentrum OZ auf den 30. Juni 2012 übernimmt. Mit dem Verein für familienergänzende Kinderbetreuung und dem Verein OZ wurde folgendes Vorgehen besprochen:

- Die Stadt betreibt die Kita als städtische Aufgabe, solange dies einem Bedürfnis entspricht. Der bestehende Vertrag mit dem Verein VfK wird im gegenseitigen Einvernehmen per 30. Juni 2012 aufgehoben;
- die Kita wird gemäss dem bestehenden Betriebsreglement geführt. Es wird eine Betriebskommission eingesetzt, welche die Aufsicht über den Betrieb, sowohl pädagogisch, führungstechnisch, betrieblich und haushaltsmässig, wahrnimmt;
- es werden regelmässige Qualitätskontrollen durch eine externe Fachperson durchgeführt;

- die Angestellten werden von der Stadt übernommen und zu den bisherigen Bedingungen angestellt;
- ein allfälliges Vermögen des Vereins VfK per 30. Juni 2012 geht an die Stadt;
- der Verein OZ übergibt die Liegenschaft ebenfalls per 30. Juni 2012 an die Stadt. Die bestehende Hypothek wird durch die Stadt übernommen bzw. abgelöst;
- dem Verein OZ wird ein Vorkaufsrecht eingeräumt, falls die Liegenschaft durch die Stadt vor Ablauf von zehn Jahren an einen Dritten veräussert wird;
- die Stadt führt die Buchhaltung und die Personaladministration;
- Verträge, die für den Betrieb der Kita notwendig sind, werden von der Stadt übernommen. Die übrigen Verträge werden durch den Verein für familienergänzende Kinderbetreuung weitergeführt oder gekündigt;
- Verträge mit Aussengemeinden werden durch die Stadt neu ausgehandelt;
- die Stadt verpflichtet sich, die Liegenschaft ordnungsgemäss und den Bedürfnissen der Kita entsprechend zu unterhalten und auszubauen.

Liegenschaft Offenes Zentrum OZ
Neben der Kita waren ursprünglich auch das Jugendcafé und die regionale Jugendarbeitsstelle in der Liegenschaft im OZ untergebracht. Mit steigender Auslastung ist auch der Raumbedarf der Kita stetig gewachsen. Seit dem Sommer 2011 wird das Gebäude ausschliesslich durch den VfK für den Betrieb der Kita genutzt. Der Verein OZ ist bereit, das Gebäude gleichzeitig mit der Übernahme des Kita-Betriebes der Stadt zu übergeben. Auch dem Verein OZ ist es wichtig, den Betrieb der Kita als städtische Aufgabe langfristig zu sichern. Das Gebäude befindet sich dank diversen Sanierungen in einem guten Zustand. Die markanteste betriebliche Verbesserung konnte im letzten Sommer realisiert werden. Für Fr. 160'000 wurde der Innenbereich renoviert: eine leistungsfähige Küche wurde eingebaut, das Büro, die Garderobe und weitere Anpassungen erleichtern nun den Betriebsablauf. Der Verkehrswert der Liegenschaft beträgt Fr. 595'000. Es besteht eine Hypothek im Betrag von Fr. 280'000. Bei der Übernahme der Liegenschaft entfällt die Miete in der Höhe von Fr. 27'600. Dafür fallen Kapitalkosten und die Kosten für den Unterhalt der Liegenschaft, an. Bis jetzt wurden ca. 17'000 für den werterhaltenen Unterhalt der Liegenschaft aufgewendet. Allgemein kann festgehalten werden, dass eine Übernahme der Liegenschaft OZ für die Stadt ein Gewinn bedeutet. Das Gebäude ist in einem guten Zustand, bei Bedarf bestehen Ausbaumöglichkeiten wie zum Beispiel der Estrich-Ausbau. Die Lage ist mit der Nähe zur Schule ideal. Die Quadratmeterzahl pro Kind entspricht den Vorschriften gemäss dem Schweizerischen Dachverband für Kindertagesstätten. Diesbezüglich sind sogar noch Reserven vorhanden.

Betriebskosten und Anpassung des Stellenplans
Der Einwohnerrat hat am 8. März 2006 bzw. am 8. April 2011 den Betrieb einer Kita als städtische Aufgabe beschlossen und der Delegation dieser Aufgabe durch den Stadtrat an den VfK zugestimmt. Die Aufhebung der Vereinbarung mit dem VfK fällt in die Zuständigkeit des Stadtrates. Hingegen erfordert die Übernahme und Anstellung des notwendigen Personals die Anpassung des Stellenplans. Derzeit umfasst der Betrieb der Kita Schatztrue 460 Stellenprozente: Geschäftsführung, Gruppenleitung, Erzieherinnen, Haushalt/Küche und freie Mitarbeiter/Innen.

Führung des Mittagstisches
Der Einwohnerrat hat am 8. April 2011 die Schaffung eines Mittagstisches als Versuchsbetrieb für ein Jahr beschlossen. Der Mittagstisch ist eng mit dem Angebot der Kita verknüpft. Er wird deshalb ebenfalls als städtische Einrichtung weitergeführt. Für

den Betrieb des Mittagstisches sind im Jahr 2011 (August bis Dezember) ungedeckte Kosten im Betrag von Fr. 5'841.70 angefallen. Die Arbeitsgruppe Tagesstrukturen und der Stadtrat möchten den Mittagstisch weiterführen. Der Stadtrat wird eine separate Vorlage an der nächsten Einwohnerrats-Sitzung vorlegen. Gleichzeitig mit dieser Vorlage wird der Stadtrat eine Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung vom Einwohnerrat genehmigen lassen. Dieses Papier ist in Bearbeitung.

Erwägungen der Stellenplankommission Die Stellenplankommission hat sich mit der Vorlage auseinandergesetzt. Sie hätte die Weiterführung auf Vereinsbasis bevorzugt, sieht aber den Handlungsbedarf zur Sicherstellung des Kita Betriebs. Die Stellenplankommission empfiehlt, bei 1 Enthaltung, der Überführung der Kita in einen städtischen Betrieb bei gleichzeitiger Übernahme der Liegenschaft vom Verein OZ zuzustimmen.

Erwägungen des Stadtrates
Unsere Gesellschaft wird in wesentlichen Bereichen von freiwilligem Engagement getragen. Der Stadtrat unterstützt und fördert Freiwilligenarbeit von Vereinen, Organisationen und Privaten. Die Kita hat 10 Jahre lang sehr gut funktioniert auf dieser Vereinsbasis. Der heutige Betrieb der Kita erfordert professionelle Strukturen, welche in ehrenamtlicher Arbeit durch den Vorstand nicht mehr erbracht werden können. Der Stadtrat hat Verständnis für die Situation des VfK. Er sieht die Notwendigkeit, den Betrieb der Kita in eine städtische Einrichtung zu überführen und damit nachhaltig zu sichern. Der Stadtrat dankt dem Verein für familienergänzende Kinderbetreuung für das grosse Engagement, welches der Vorstand, die Geschäftsleiterin und das Personal in letzten Jahren im Interesse der Öffentlichkeit erbracht haben.

Der Stadtrat bittet den Einwohnerrat, von der Auflösung des Vertrages mit dem VfK für den Betrieb der Kindertagesstätte Kenntnis zu nehmen und der Anpassung des Stellenplans sowie der Übernahme der Liegenschaft OZ zuzustimmen.

Eintretensdebatte

Werner Schmid, FDP, findet die Kita sei ein Paradebeispiel für etwas, was vor Jahren aus einer Vision entstanden ist und innert weniger Jahre zu etwas Professionellem reifen konnte, das ein gutes Angebot hat. Die Kita ist heute aus Stein am Rhein nicht mehr wegzudenken und ist ein Standort-Vorteil. Der Kita muss Sorge getragen werden. Sie hätten es auch lieber gesehen, wenn der Betrieb auf Vereinsbasis weitergeführt worden wäre. Aber es ist heute fast nicht mehr möglich, eine solch wichtige Aufgabe, die einen solchen Aufwand erreicht hat, im Nebenamt wahrzunehmen. Deshalb ist aus ihrer Sicht das Wichtigste, dass die Kita weiter betrieben werden kann und sie stimmen der Vorlage zu. Sie möchten aber, dass das Kostendach von Fr. 135'000 weiterhin gilt und diesem Sorge getragen wird. In Anbetracht, dass in der letzten Volksabstimmung 75% der Bevölkerung ja zur Kita gesagt haben, sagen sie deshalb ja zu dieser Vorlage.

Katharina Rietmann, Pro Stein, erklärt, die Weiterführung der Kindertagesstätte ist für unsere Gemeinde von Bedeutung. Familien wissen ihre Kinder wohlbehütet und umsorgt untergebracht, dies beweist die grosse Nachfrage. Die Angestellten erfüllen kompetent und mit viel Herzblut eine soziale Aufgabe, welche je länger je wichtiger ist. Mit dem Umsorgen und Behüten der Kinder ist es leider nicht getan. Vielfältige und zeitraubende administrative Aufgaben gehören ebenfalls dazu, welche bis anhin engagiert und mit hohem Einsatz durch Mitglieder des Vorstandes geleistet wurden. Allen beteiligten Menschen gebührt ein grosses Dankeschön.

Die Pro Stein ist mehrheitlich dafür, dass der Betrieb durch die Stadt weitergeführt wird. Die administrativen Aufgaben sowie die Buchhaltung etc. können von der Stadtverwal-

tung kostenneutral und kompetent ausgeführt werden. Sie begrüssen es allerdings nicht, dass wieder eine Liegenschaft mehr in Stadtbesitz übergeht. Gehen sie richtig in der Annahme, dass die Vorlage eine Sofortmassnahme zur Sicherung der Kita ist? Und Punkte wie Unterhalt, Umbau aufgrund steigendem Platzbedarf, behindertengerechter Zugang etc. noch nachgereicht werden? Sie finden der Preis von Fr. 280'000 ist vertretbar und die Pro Stein ist dafür, dass die Kita in die Stadt überführt wird.

Ruedi Vetterli, parteilos, kann sich im Namen der SP kurz fassen und sich den Aussagen von Werner Schmid vollumfänglich anschliessen. Das Bedürfnis für eine Kita ist gegeben und die Qualität der Arbeit, die dort geleistet wird, ist hervorragend. Auch sie hätten sich gut vorstellen können, dass das in den bestehenden Strukturen weitergelaufen wäre. Die Situation ist aber leider eine andere. Es geht um zwei Geschichten, zum einen, dass die Kita in dieser Qualität und so lange es sie braucht weitergeführt werden kann und zweitens, dass es sicher nicht mehr kostet. Deshalb ist es sinnvoll wenn die Kita in die Stadt übergeht und deshalb werden sie der Vorlage zustimmen.

Franz Marty, CVP, stellt einen Antrag auf Nicht-Eintreten. Zuerst möchte er aber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kita für die Arbeit, die sie geleistet haben und auch gegenwärtig leisten, danken. Im aktuellen Fall an Yvonne Maus, die die Kita führt und eine hervorragende Arbeit macht, auch der Präsidentin des Vereins, die viele Stunden investiert.

Zur Begründung, wieso er die Kita nicht in die Stadt überführen möchte und diese dennoch erhalten bleiben könnte, ohne dass es einen Qualitätsabbruch gibt und der Name darunter leidet. Das Problem ist, dass man niemanden mehr findet, der ehrenamtlich die Arbeit der Verwaltung übernimmt. Dies betrifft vor allem die Buchhaltung und die Anstellung von Personal und dessen Betreuung wie Versicherung etc., was sehr arbeitsintensiv ist. Der Finanzverwalter, neu Bereichsleiter Finanzen und Steuern, Martin Furger, hat in der Stellenplankommission bestätigt, dass dadurch keine zusätzlichen Verwaltungskosten entstehen und deshalb ist Franz Marty der Meinung, dass man die Lösungen so treffen könnte, dass der Stadtkassier von Amtes wegen der Kassier des Vereins ist. Man könnte sich viele Kosten sparen, vor allem im Zusammenhang mit der Liegenschaft und man hätte nicht wieder etwas verstaatlicht, das aus einer Initiative von Personen entstanden ist, die viel Herzblut investiert haben. Deshalb stellt Franz Marty den Antrag, dass man nicht auf diese Vorlage eintritt und den Antrag an den Stadtrat zurückweist.

Werner Käser, FDP, erklärt, dass es ihn als Mitgründer und ersten Präsidenten dieses Trägervereins etwas schmerzt, dass das Modell des ehrenamtlich geführten Kinderhortes und Mittagstisches nicht mehr praktikabel ist. Der Verein wurde quasi Opfer seines eigenen Erfolges. Die Kita ist wichtig und notwendig und deshalb wird nichts anderes übrig bleiben, als dem zuzustimmen. Mit dem Rückweisungsantrag von Franz Marty kann er deshalb nicht sehr viel anfangen, da gerade vorher darüber diskutiert worden ist, wie die Beamten entlastet werden sollen und 10 Minuten später wollen wir ihnen schon wieder zusätzliche Aufgaben übertragen. Diesem Vorgehen kann er nicht ganz folgen. Er bittet dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen.

Ruedi Vetterli, parteilos, betont, dass es richtig ist, dass aus etwas, was aus einer Idee entstanden ist, ein hochprofessioneller Betrieb geworden ist. Wenn man in dieser Branche in die Zukunft blickt, wird es je länger je mehr sein, dass die Ansprüche steigen an die Qualität, an die überprüfbare Qualität. Da müssen dann Leute hinter dieser Sache stehen, die Profis sind. Im Antrag steht auch, dass es eine Betriebskommission geben wird, zusammengesetzt aus verschiedenen Personen und wenn man diese Betriebskommission vernünftig zusammensetzt, dann entsteht ein Gremium aus Profis, die

die geforderten Ansprüche auch leisten können. Alles andere ist eine Illusion. Er findet es nicht richtig, der Stadt noch mehr Aufgaben zuzuschanzen und deshalb ist er gegen den Rückweisungsantrag von Franz Marty.

Rückweisungsantrag

Der Rückweisungsantrag von Franz Marty wird mit 1 Ja-Stimme **abgelehnt**.

Eintreten

Mit 11 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung wird Eintreten auf die Vorlage beschlossen.

Detailberatung

Seite 3

Georg Berner, parteilos, hat das Thema schon bilateral mit Stephan Brügel besprochen. Er ist dafür, dass man dieses Kita Geschäft so annimmt.

Er hat noch selten eine solch finanziell unausgewogene Vorlage gesehen, das kann so nicht eingehalten werden, schon aus rein gesetzlichen Bestimmungen. Ab dem Tag, an dem die Stadt eine Schraube an der Liegenschaft ändert, gibt es Rahmenbedingungen, die gesetzlich vorgeschrieben sind, behindertengerecht, erdbebensicher usw. Das muss angeschaut, das muss gerechnet werden und für ihn ist das ein weiterer Beweis, dass diese Vorlage unter Zeitdruck entstanden ist. Und der letzte Satz auf Seite 3 kann nicht eingehalten werden, davon ist er überzeugt.

Heidi Schilling, Finanzreferentin, erwidert, es sei natürlich schon nicht geplant, dass man jetzt dann gleich mit einem grossen Umbau starte, da alle mit Arbeit schon recht zugedeckt seien. Wenn die Zeit dann komme, dass ein grösserer Umbau ansteht, wird dann selbstverständlich auch ein behindertengerechter Zugang erstellt werden. Es ist eine alte Liegenschaft, nicht unbedingt gut aufgeteilt für eine Kita, aber die Grösse stimmt und mit den nötigen Anpassungen hat man diese wirklich auf einen guten Standard, mit dem die Kita auch leben kann, gebracht.

Seite 6

Guido Lengwiler, Pro Stein, erinnert daran, dass er sich beim Thema Kita immer der Stimme enthalten hat und er möchte nochmals begründen wieso. Er habe nichts gegen die Kita, diese ist gut geführt, der Standortvorteil, die Kita braucht es. Wieso will er sich denn immer dieser Stimme enthalten? Er möchte nochmals eine Lanze brechen für jene Familien, die diese Kita nicht benützen und der Stadt keine Kosten, die daraus entstehen, verursachen. Er kenne 2 Familien, die ganz knapp über dem Existenzminimum auf ein zweites Einkommen explizit verzichten, auf den Anspruch und die Infrastruktur explizit verzichten, und die Erziehung selber übernehmen. Er weiss, es gibt auch Fälle, wo es nicht anders geht, deshalb ist er nicht explizit gegen die Kita, aber er möchte endlich einmal und er weiss, dass das die Stadt Stein am Rhein nicht gemacht hat, er weiss, dass es der Kanton und auch der Bund nicht macht, dass die Leute, die eine Familie sogenannt konservativ grossziehen, dass diese Personen in irgendeiner Form einmal einen kickback bekommen, sei es mit einem steuerlichen Abzug oder in irgendeiner anderen Form. Das findet nicht statt und so lange dies nicht stattfindet, wird er sich bei solchen Ausgaben der Stimme enthalten und möchte nochmals anregen, dass etwas in diese Richtung überlegt wird, dass es attraktiv ist, dass für eine gewisse Zeit ein Elternteil auf ein Einkommen verzichtet und dann vom Fiskus einen kickback bekommt, der

auch etwas kostet, das ist ihm bewusst, aber dann kann er mit gutem Gewissen einer Kita-Vorlage und den Kosten zustimmen.

Beschluss:

1. **Der Erhöhung des Stellenplans um 490 Stellenprozente für den Betrieb der Kita durch die Stadt wird mit 11 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. Das Personal wird übernommen und zu den bisherigen Anstellungsbedingungen in das Besoldungssystem der Einwohnergemeinde Stein am Rhein überführt.**
2. **Dem Erwerb der Liegenschaft GB Nr. 354 zum Preis von Fr. 280'000 (Übernahme bzw. Ablösung der bestehenden Hypothek) vom Verein Offenes Zentrum wird mit 11 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.**

Mitteilung an:
Verein für familienergänzende Kinderbetreuung, Nicola Aschwanden, Im Boll 6, 8260 Stein am Rhein
Kindertagesstätte Schatztrue, Yvonne Maus, Hauptstrasse 72, 8264 Eschenz TG
Verein Offenes Zentrum, Dammweg 7, 8264 Eschenz
Finanzreferentin
Sozialreferent
Stadtschreiber
Bauverwaltung
Zentralverwaltung
Sozialsekretariat
Ablage

BAU, Wasserversorgung **00.50.**

4. Burgackerstrasse, Strassen- und Werkleitungssanierung Kreditantrag über Fr. 1'515'000

Ernst Böhni, Werkreferent, ist sich bewusst, dass es sich beim Antrag wiederum um einen grossen Brocken betreffend Unterhalt handelt. Es betrifft das ganze Quartier Burgacker. Auf den erhaltenen zwei Plänen der Ingenieure ist ersichtlich, was alles gemacht werden wird. Die Vorlage wurde wiederum durch den Zentralverwalter, die Werkskommission und die Stadtratskanzlei erarbeitet, dafür möchte er sich bedanken. Es handelt sich um einen grossen Betrag von 1,5 Mio. Fr., aber man muss solche Projekte forcieren, da ja wie bekannt, die Subventionen auf 2020 beschränkt sind und solche Aufgaben jetzt angegangen werden müssen.

Am 2. Mai, 19.30 Uhr, werden die Anwohner zu einer Informations-Veranstaltung eingeladen, wo auch mit Hilfe der Ingenieure die Fragen betreffend Zugang zu den Häusern, Organisation und Ablauf beantwortet werden. Auch die interessierten Einwohnerräte sind dazu natürlich herzlich eingeladen.

Die Sanierung ist im Finanzplan und der Stadtrat und die Werkskommission haben entschieden, diese Gross-Sanierung jetzt in Angriff zu nehmen.

<u>Eintretensdebatte</u>

Werner Käser, FDP, erklärt, dass sich die bürgerliche Fraktion bewusst ist, dass der nachhaltige Betrieb unserer Infrastruktur einen permanenten Unterhalt und eine regelmässige Erneuerung von Werkleitungen und Strassentrassees notwendig macht. Dies gilt allgemein und für die Burgackerstrasse ganz besonders, die sich sichtbar in schlechtem Zustand befindet. Eintreten auf die Vorlage ist deshalb nicht bestritten. Gleichwohl möchte er den Stadtrat auffordern, die Planer bei der Feinplanung und Realisierung des Bauvorhabens eng zu begleiten. Er ist von Anwohnern darauf angesprochen worden, dass sie über die Beleuchtung und die Anschlussmöglichkeit mit Gas widersprüchliche Auskünfte erhalten hätten. Er erwartet, dass diese Unklarheiten an der Informations-Veranstaltung bereinigt werden können, damit dereinst alle ungetrübte Freude am ganzen Projekt haben können.

Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten und wird der Vorlage zustimmen.

Guido Lengwiler, Pro Stein, kann sich kurz halten. Es ist im Finanzplan, es ist im Sanierungsplan, die Kommission hat zugestimmt. Der Sanierung der Werkleitungen im Bereich Burgacker stimmen sie selbstverständlich zu und sind für Eintreten.

Arthur Cantieni, SP, teilt mit, dass die SP-Fraktion selbstverständlich auch für Eintreten ist. Sie freuen sich vor allem, dass im ganzen Quartier die Begegnungszone erhalten bleibt. Sie finden es auch wichtig, dass der Brandschutz verbessert wird, vorausschauend auch der Anschluss an die Wasserversorgung Seerücken West zur Sicherstellung der Notwasserversorgung. Sie erachten es als richtig, die Abschreibungsdauer auf 25 Jahre festzulegen.

Er möchte noch auf zwei Aussagen in der Vorlage eingehen. Im ersten Abschnitt steht, dass es wichtig ist, in die Werterhaltung der Infrastrukturen laufend zu investieren und diese Investitionen nicht hinauszuschieben. Das tönt zwar etwas banal, ist aber absolut richtig. Es gibt genügend Beispiele, wo die Gemeinde ihre Investition in die Infrastruktur vernachlässigen, nur um mit einem tieferen Steuersatz brillieren zu können. Das böse Erwachen kommt dann, wenn die Einnahmen zurückgehen. Ein Beispiel existiert zum Beispiel gerade im Moment von Seiten des Kantons. Zweitens gibt es eine Aussage, dass der Stadtrat im Juni dem Einwohnerrat einen Sanierungsplan 2012 – 2020 vorlegen will für die Wasserversorgung, Kanalisation und Strassenbau. Gleichzeitig kündigt er aber eine moderate Erhöhung des Wassertarifes an und verspricht dafür eine Senkung des Abwassertarifes. Das Ganze sei weitgehend kostenneutral. Dies nimmt man so zur Kenntnis, wird das aber dann ganz genau überprüfen, wenn ein solcher Antrag kommt. Es geht natürlich nicht an, dass für einige wenige die Steuern gesenkt werden und man anschliessend über Gebühren beim kleinen Mann wieder Kasse macht. Die SP-Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

1. **Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Kredit von Fr. 1'515'000 für die Sanierung der Strassen im Burgackerquartier und die Erneuerung der Werkleitungen in den Strassenkörpern.**
2. **Der Abschreibungssatz von linear 4% während 25 Jahren wird einstimmig genehmigt.**

Mitteilung an:

Werkreferent
Stadtschreiber
Zentralverwaltung
Ablage

VOLKSWIRTSCHAFT, Energie, Wärmeverbund 10.05.010

5. Wärmeverbund Stein am Rhein
Netzausbau Bärengass:
Genehmigung des Baukredites über Fr. 225'000

Beat Hug, Baureferent, ist erfreut, dass der Stadtrat wieder eine Vorlage zum Ausbau des Wärmenetzes präsentieren kann. Es war eine grosse Arbeit nötig, um die Anwohner im Bereich, wo das Wärmenetz ausgebaut wird, zu überzeugen, sich dem Wärmeverbund anzuschliessen. Einige Haushalte wechseln ihre Heizung früher aus als eigentlich nötig und machen dies ausschliesslich dem Umweltschutz zu liebe. Dies wird wohl eine der letzten grösseren Arbeiten des Wärmverbundes sein, da die Kapazitätsgrenze irgendwann erreicht wird. Im bestehenden Netz bestehen teilweise noch grosse Anschluss-Lücken und man sollte versuchen, diese Haushalte zu überzeugen, sich dem Wärmeverbund anzuschliessen, da diese Heizanlagen in der Zwischenzeit auch wieder einige Jahre älter geworden sind.

Die Netzerweiterung führt wie auf dem Plan ersichtlich vom Rathausplatz her vom Haus Krone bis zur Bärengass durch und danach ein Stück weit die Bärengass nach hinten. Der Hauptabnehmer in der Bärengass ist das Hotel Rheinfels. Es ist ja bekannt, dass es einen Grossabnehmer braucht, damit es sich überhaupt lohnt, die Leitungen zu bauen. Die Anschlüsse dazwischen laufen dann fast kostenneutral. So kann die ganze Häuserzeile erschlossen werden und in der Bärengass konnte man selbst die „Steinerne Traube“ überzeugen, ebenfalls angeschlossen zu werden.

Ebenfalls ist in der Vorlage enthalten, den Bereich Bärengass, der geöffnet werden muss, durch einen geflämmten Bereich zu ersetzen. Da ist die Zusage der Jakob und Emma Windler-Stiftung vorhanden, dass sie diese Kosten übernimmt, da werden keine Zusatzkosten entstehen.

Dann ist ersichtlich auf dem Plan der Bereich südlich des Chirchhofplatzes und hinter dem Rathausplatz. Es wurde bemerkt, dass der Süd-Ast, dadurch dass viele Kunden überzeugt werden konnten, sehr, sehr gut ausgelastet und nahe an der Kapazitätsgrenze ist. Darum wurde empfohlen, dass man besser vom Rathaus in die Bärengass hinuntergeht. Es ist ersichtlich, dass vom Rathaus her dann eine Leitung ins Kloster hinuntergeht und die anderen Anlagen darüber erschlossen werden können. Dies ist aber kein Bestandteil dieser Vorlage, sondern nur Erklärungen zum Verständnis des beiliegenden Plans. Das ist eine optimale Vorlage und es hat sich gelohnt, zuzuwarten und die Zuleitung durch die „Krone“ zu machen, das verursacht auch weniger Kosten, da nicht die ganze Strasse aufgerissen werden muss.

Zur Vorlage selber ist noch zu sagen, dass auf Seite 3 eine Wirtschaftlichkeitsrechnung vorliegt, wie sie von der GPK gefordert worden und in den Augen des Stadtrates auch wichtig und sinnvoll ist, damit man weiss, wo man steht. Es ist ersichtlich, dass im Jahr 2012 ein kleiner Gewinn erreicht werden kann, was wichtig ist, damit die Verluste der letzten Jahre abgebaut werden können, die durch die hohen Investitionen entstanden sind.

Eintretensdebatte

Werner Schmid, FDP, betont, auch dabei handle es sich wieder um eine erfolgreiche Vision. Als man mit dem Projekt begonnen hat, sprach noch niemand über erneuerbare Energien und heute sieht man, dass der Entscheid der Stadt hundertprozentig richtig war. Dass die Energie des Wärmeverbundes aus dem Klingenhang kommt, war der richtige Entscheid. Sie begrüssen es, dass die bestehende Infrastruktur weiter ausgebaut wird. Wenn man es in diesem oder spätestens nächsten Jahr erreicht, kostenneutral zu sein, dann ist der Wärmeverbund eine Erfolgsstory. Die bürgerliche Fraktion ist deshalb für Eintreten.

Guido Lengwiler, Pro Stein, erklärt, auch die Pro Stein sei für Eintreten. Die letzte Etappe der Erweiterung des Wärmeverbundes ist sinnvoll und richtig. Man ist glücklich, dass man nun noch in die Bärengass kann und es sich rechnet, mit dem Grossanschluss im Rheinfels. Er möchte den Stadtrat, vor allem Beat Hug, bitten, dass man weiterhin ein offenes Auge für die Schliessung der Anschluss-Lücken hat, denn diese bringen schlussendlich dann wirklich eine gute Rechnung, wie durch Werner Schmid angesprochen wurde und dies hoffentlich auch erreicht wird. Die Pro Stein wird Eintreten und der Vorlage zustimmen.

Claudia Eimer, parteilos, ergreift für die SP-Fraktion das Wort und kann sich den Vorredner nur anschliessen. Sie freuen sich, dass die erneuerbaren Energien gefördert werden, dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, dass man ein wenig von der Abhängigkeit der fossilen Brennstoffe wegkommt. Sie werden auf die Vorlage eintreten und zustimmen.

Detailberatung

Seite1

Werner Schmid, FDP, erinnert daran, dass die Kantonsregierung vor einiger Zeit Knall auf Fall beschlossen hat, die Subventionen für erneuerbare Energien per sofort zu streichen. Wenn er richtig informiert ist, betrifft das auch das Projekt Wärmeverbund.

Beat Hug, Baureferent, bedankt sich für diese Frage. Der Stadtrat wurde auch total überrascht durch diesen Entscheid, das kam wirklich von heute auf morgen. Die Vorlage wurde durch den Stadtrat am 29. Februar 2012 verabschiedet und der Regierungsrat hat beschlossen, ab 1. März 2012 keine Gelder mehr zu sprechen. Er hat dann sofort mit dem Baudirektor Kontakt aufgenommen und auch mit dem Regierungsrat und erklärt, dass sei so nicht machbar, da die Gesuche noch nicht gestellt sind. Diese können ja auch nicht gestellt werden, wenn man nicht weiss, ob der Einwohnerrat die Vorlage annimmt. Die Gesuche werden erst eingegeben, wenn das Projekt steht. Der Baudirektor zeigte Verständnis und gab die Rückmeldung (es gibt nochmals zwei betroffene Wärmeverbunde im Kanton), dass die Wärmeverbunde anders behandelt werden. Der Regierungsrat hat eingesehen, dass da eine jahrelange Planung dahintersteht und man nicht von heute auf morgen sagen kann, jetzt ist fertig. Die Gesuche können also noch eingereicht werden.

Seite 4

Georg Berner, parteilos, möchte gerne wissen, wie man mit der Ausnutzung des Wärmeverbundes steht und wie gross die Kapazitäten noch sind.

Beat Hug, Baureferent, informiert, dass es relativ schwierig sei, dies genau zu definieren. Mit dem bewilligten Anschluss ist der Winterbetrieb ziemlich ausgelastet und der

Sommerbetrieb läuft dann eigentlich gratis. D.h. im Winter ist die Kapazitätsgrenze irgendwann erreicht und diese liegt bei 5000 MWh, das Problem ist, dass man im Sommer die Kapazitätsgrenze nie erreichen wird, da nicht geheizt wird und es nur um das Brauchwasser geht. Dort könnte die Heizung noch mehr ausgelastet werden. In der Berechnung für 2015 sieht man, dass das dann eigentlich das Maximum ist, das verkauft werden kann, das beruht auf der Winterwärme. Alles was im Sommer noch zusätzlich verkauft werden kann, spült noch zusätzliches Geld in die Kasse. Sie werden Werbung machen, dass der Boiler im Sommer auch auf den Wärmeverbund umgestellt wird. Bei den 4‘900 MWh im 2015 ist aber bereits schon etwas Sommerwärme eingerechnet. Der Chlosterhof ist das grösste Gebäude, das im Sommer Wärme bezieht und das ist auf der Betrachtung bereits eingerechnet. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass dort wo die Leitungen bereits existieren, für diese Häuser ist die Kapazität noch vorhanden, um diese anzuschliessen. In einem harten Winter ist man dann mit all diesen Anschlüssen ausgelastet.

Beschluss

1. **Der Baukredit über Fr. 225'000 für die Netzerweiterung des Wärmeverbundes bis in die Bärengass wird einstimmig bewilligt.**
2. **Der Abschreibungssatz von linear 4,5% wird einstimmig bewilligt.**

Mitteilung an:
Baureferent
Bauverwaltung
Zentralverwaltung
Ablage

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, möchte dem Stadtrat mit auf den Weg geben, dass Stein am Rhein nicht nur aus Ostteil und Südteil besteht, es gibt auch noch einen grossen Westteil. Es gibt noch andere Projekte, die vielleicht irgendwann losgehen wie Geothermie oder sonst hätte es auf der anderen Rheinseite vielleicht noch Platz für eine Heizung, es gäbe sicher auch Interessenten.

Beat Hug, Baureferent, kann betreffend Geothermie einfach folgendes mitteilen, das ist ein sehr grosses Risiko und der Preis beträgt ca. 26 Rp. pro KW, man spricht von 10 Rappen beim Wärmeverbund.

INNERES, Einwohnerrat **03.20.**

6. Postulat Marty: Ärztezentrum in Verbindung mit Alterswohnungen

Franz Marty, CVP, geht davon aus, dass es zu seinem sehr ausführlichen Postulat nicht mehr viel zusätzlich zu sagen gibt. Es ist nichts Neues, das alles, was neu gemacht wird, im Bereich der Altstadt entstehen soll, nicht zuletzt aus einem gewissen Eigennutzen. Er ist der Meinung, dass sowohl eine mögliche Gemeinschaftspraxis als auch altersgerechtes Wohnen in der Altstadt sein sollten. Dies könnte man in einem Liegenschaftsblock der Stadt relativ schnell angehen. Er würde sich freuen, wenn der Einwohnerrat das Postulat so überweisen könnte.

Werner Käser, FDP, weiss, dass das Problem der ärztlichen Grundversorgung in Stein am Rhein allen bekannt ist. Wenn man mit diesem Postulat mithelfen kann, dass es zu

einer schnellen Lösung führt, dann ist die bürgerliche Fraktion bereit, dieses gerne zu überweisen.

Guido Lengwiler, Pro Stein, möchte ein paar Gedanken im Namen der Pro Stein äussern. Grossmehrheitlich sind sie der Meinung, mit diesem Postulat rennt man bereits offene Türen ein. Sie haben deshalb nicht grosse Sympathien dafür. Sie sind selbstverständlich der Meinung, dass eine Gemeinschafts-Praxis für Stein am Rhein jetzt dringend nötig ist. Schon früher nötig gewesen wäre, aber nicht viel Sympathien beim Stadtpräsidenten dafür vorhanden waren. Heute gibt es aber klare Signale von Seiten Stadtrat und von Seiten Ärzte, dass sich an diesen verhärteten Fronten etwas verbessert hat, dass man das Gespräch gesucht und gefunden hat. Das ist auch der Grund, wieso die Pro Stein keinen Vorstoss zur jetzigen Zeit geplant hat. Sie waren überrascht durch den Vorstoss von Einwohnerrat Marty und nehmen diesen zur Kenntnis. Sie erachten das Projekt als nötig, sind aber überzeugt, dass das jetzt auf das richtige Gleis kommt allerdings nicht in der Altstadt, sondern wie favorisiert von den Ärzten in einem eher peripheren Bereich, wo Dienstleistungen in diesem Bereich bereits vorhanden sind, wo erstklassige Parkierungsmöglichkeiten in nächster Nähe vorhanden sind und eine Bus-Haltestelle in nächster Nähe. So eine Variante wird bevorzugt und vorangetrieben. Es ist absolut wichtig, dass wir in Zukunft ein solches Ärztezentrum in Stein am Rhein haben werden. Wenn man davon ausgeht, dass Stein am Rhein im oberen Kantonsteil in den nächsten 5, 10, 20 Jahren Zentrumsfunktion haben wird, dass es insbesondere in den anderen kleinen Kantons-Gemeinden keine Ärzte mehr haben wird, dass diese Ärztepraxis zentrale Wichtigkeit erlangt, dass viele teilzeitangestellte Hausärzte/Innen dort arbeiten werden, gibt das einen riesigen Personalkörper von Ärzten und Hilfspersonal und diese wollen irgendwo ihr Auto oder Fahrrad abstellen. Die Besucher der Praxis müssen mit dem öffentlichen Verkehr zufahren können, es muss rollstuhlgängig, möglichst nah sein. Die Pro Stein ist der Meinung, die Türe beim Stadtrat ist mit dem Gespräch mit den Ärzten relativ weit aufgestossen. Sie sind der Meinung, dass das Postulat, auch im Zusammenhang mit der Arbeitsüberlastung nicht auch noch zusätzlich überwiesen werden muss, sondern haben Vertrauen, dass dieses Gespräch, diese Verhandlungen vorangetrieben werden und man auf gutem Weg ist. Auch wenn sie dieses Postulat nicht überweisen, sind sie ganz klar kein Gegner einer Gemeinschafts-Arztpraxis, im Gegenteil. Sie haben die Dringlichkeit erkannt und haben Vertrauen, dass diese fruchtbaren Gespräche zu einem positiven Abschluss in den nächsten Monaten kommen.

Rolf Oster, SP, hat mit der Fraktion dieses Postulat angeschaut und gefunden, es sei eigentlich eine gute Sache. Sie haben aber auch festgestellt, dass im Budget bereits Beträge festgehalten worden sind und auf der anderen Seite haben sie vom Stadtrat gehört, dass bereits Gespräche stattgefunden haben. Man hat das diskutiert, hat auch über den Standort diskutiert, ob man dies im Stadtzentrum machen könnte, aber schlussendlich ist das für eine Gemeinschafts-Arztpraxis extrem schwierig umzusetzen. Man hat auch diskutiert, dass Ärzte bereits aus dem Stadtkern gezogen sind, wegen genau dieser verkehrstechnischen und städtebaulichen Thematik, es ist eigentlich schwierig zu verwirklichen. Sie möchten sich eigentlich den Aussagen von Guido Lengwiler anschliessen. Sie empfinden das Postulat als Papiertiger, der zum jetzigen Zeitpunkt vor allem Arbeitsbelastung bringt. Der Stadtrat ist am Thema dran und Rolf Oster ist überzeugt, dass auch in nächster Zeit informiert wird, was gelaufen ist, ohne, dass man dieses Postulat bringen muss.

Er ist überzeugt dass in Stein am Rhein diese Thematik mit äusserster Vehemenz angegangen werden muss, da die Hausärzte in den nächsten 4-5 Jahren alle weg sein werden. Wenn wir als Gemeinde existieren wollen, ist nicht nur die Poststelle wichtig

sondern auch Ärzte und deshalb möchte er dem Stadtrat ans Herz legen, dass man da vehement hingeht und mit den Ärzten spricht. Es gibt auch Ärzte, die möchten nach Stein am Rhein kommen.

Der Moment, um dieses Postulat zu überweisen ist schlecht, das ist nur Arbeitsbelastung und sie haben das Vertrauen in den Stadtrat, das er dieses Thema angeht. Deshalb werden sie dieses Postulat grossmehrheitlich ablehnen.

René Meile, Vizepräsident, erklärt, das Postulat bestehe aus drei Teilen und er werde zu allen drei Teilen etwas sagen. Der Stadtrat hat mit der Beratung des Voranschlages 2012 bereits schon zur Anfrage von Einwohnerrat Urs Weibel Stellung genommen. Dort ist unter Pos. 319.00 Allgemeines Gesundheitswesen ein Betrag von Fr. 5'000 aufgeführt für Abklärungen mit den Hausärzten betreffend der medizinischen Versorgung in der Region, da die Hausärzte mehr oder weniger alle zur gleichen Zeit in Pension gehen. Der Einwohnerrat Weibel wollte dann wissen, was das Ziel dieser Abklärung ist und ob es schon Resultate gäbe. Auf diese Frage habe er dazumal schon gesagt, dass sie so bald wie möglich mit den Ärzten zusammensitzen werden, die Lage analysieren und anschliessend die nötigen Schritte in die Wege leiten. In der Zwischenzeit hat dieses Gespräch stattgefunden und aufgrund dieses Gesprächs hat der Stadtrat beschlossen, dass eine öffentliche Informations-Veranstaltung durchgeführt wird, zusammen mit den Ärzten und der Regierungspräsidenten Ulla Hafner-Wipf zum Thema ärztliche Grundversorgung. Die Ärzte werden dabei über ihre Sicht der heutigen Situation orientieren und ihre Lösungsansätze. Frau Hafner wird die Sicht des Kantons vortragen und der Stadtrat wird mitteilen, wie es weitergehen soll. Also Punkt 1 des Postulats ist nach der Sicht von René Meile und dem Stadtrat überflüssig.

Punkt 2: Die Prüfung von diesem Ansinnen, eine Gemeinschaftspraxis in der Altstadt, ist obsolet, der Stadtrat lehnt dies ab. Die praktizierenden Ärzte lehnen dies ebenfalls ab. Eine Praxis innerhalb der Altstadt ist durchwegs nicht denkbar und zwar aus folgenden Gründen: die Zugänglichkeit für Patientinnen und Patienten ist äusserst schlecht, der Transport von gehbehinderten Patienten ist äusserst fragwürdig innerhalb einer Fussgängerzone. Die Besucherzahlen in einer Gemeinschafts-Praxis mit 3 - 4 Ärzten und die entsprechende Frequenz dazu brauchen einfach Besucher-Parkplätze. Die Zugänglichkeit von Notfall-Fahrzeugen mit Blaulicht ist in einer Fussgängerzone denkbar ungünstig. Wenn man sich eine Gemeinschafts-Praxis vorstellt, mit 3 - 4 Ärzten, dann braucht das einfach ca. 18 - 19 Zimmer. Wo will man dies in der Altstadt auf einem Boden unterbringen? Das ist einfach nicht machbar. In diesem Zusammenhang möchte er auch daran erinnern, dass er im Gespräch mit Herrn Dr. Gerhard Schilling erfahren hat, dass das ein Grund war, dass er seine Praxis aus der Altstadt, im Tiergarten, an die kleine Schanz verlegt hat. Das ist mit ein Grund, wieso der Stadtrat sagt, diesen Punkt wollen sie gar nicht prüfen. Des Weiteren ist der Eingriff in den Markt für den Bau von alters- und behindertengerechten Wohnungen innerhalb der Altstadt durch die öffentliche Hand möglicherweise sehr problematisch.

Zu Punkt 3: Der Stadtrat ist gegenüber der Jakob und Emma Windler-Stiftung nicht befugt, Aufträge zu erteilen, noch kann er auf die Behandlung der Geschäfte Einfluss nehmen. Die Jakob und Emma Windler-Stiftung ist eine eigenständige Rechtspersönlichkeit. Dem Stadtrat erscheint es deshalb als anmassend, in diesem Zusammenhang einen Antrag zuhanden des Stiftungsrates zu erteilen. Der Stadtrat lehnt dies ausdrücklich und mit Nachdruck ab.

Der Stadtrat ersucht den Einwohnerrat das Postulat Marty abzulehnen respektive nicht zu überweisen.

Franz Marty hat nochmals das Wort und teilt mit, dass er einen anderen Arzt kenne, der von der Peripherie in die Altstadt gezogen ist. In dieser Liegenschaft gäbe es relativ schnell freien Raum, aber er wolle diese Sitzung jetzt nicht gross verlängern. Was der Stadtrat Meile zur Stiftung gesagt habe, könne er insofern nicht nachvollziehen, als dass man ja überall, wo man Geld benötige, zur Stiftung gehe, ob mit oder ohne Auftrag. Er ist gespannt, was dann Ulla Hafner sagt, die ja zur Informations-Veranstaltung kommt, nicht zuletzt, weil sie ja im Herbst auch wieder gewählt werden will und bedankt sich beim Einwohnerrat für die Diskussion.

Beschluss:

Das Postulat Marty: Ärztezentrum in Verbindung mit Alterswohnungen in der Altstadt wird mit 3 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung als nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Motionär Franz Marty, Einwohnerrat, Schwarzhorngass 6, 8260 Stein am Rhein
Sozialreferent
Stadtschreiber
Sozialsekretariat
Ablage

INNERES, Einwohnerrat **03.20.**

7. Postulat Marty: Nachhilfestunden an den Schulen der Stadt Stein am Rhein

Auch dieses Postulat hat **Franz Marty, CVP**, relativ ausführlich beschrieben. Auf ein Argument, das sicher gebracht wird, möchte er noch hinweisen und das ist die Aufgabenhilfe. Die Aufgabenhilfe ist für Franz Marty leider keine Nachhilfe, er liest vor, was er auf der Homepage des Schulhauses Schanz gefunden hat: *Das Schulhaus Schanz bietet Aufgabenhilfe an. Sie richtet sich an SchülerInnen, die Schwierigkeiten haben, die Hausaufgaben korrekt und selbstständig zu lösen*. Das ist eigentlich die einzige Aufgabe, ein betreutes Aufgaben erledigen und die Nachhilfe ist dann doch etwas mehr, da will man die Schüler weiterbringen als das, was sie nur mit Aufgaben erreichen können. Es ist auch so, dass sehr viele Eltern sehr viel Geld für Nachhilfe ausgeben, selbst Lehrpersonen bestätigten ihm Beträge von Fr. 3, 4 und 6‘000, nicht als Seltenheit, die Eltern pro Jahr ausgeben. Benachteiligt sind jene Kinder, deren Eltern diesen Betrag nicht ausgeben wollen oder können und deshalb meint er, sei es eine reelle Aufgabe der Schule, dies zu machen. Nicht zuletzt weil, wie alle sagen, die Bildung das wichtigste ist und an der Bildung nicht gespart werden sollte. Er bittet deshalb, das Postulat zu überweisen.

Ursula Knecht, FDP, erklärt, dass Franz Marty in seinem Postulat Nachhilfe für alle Schüler/Innen fordert und sie möchte begründen, wieso das nicht nötig ist.

Schweizweit ist der Trend zu beobachten, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler die Kantonsschule oder das Gymnasium besuchen sollen oder müssen. Dieser Trend erzeugt bei allen Beteiligten einen hohen Druck, bei den Kindern einen hohen Leistungsdruck. Entspricht dies aber der Realität? Es ist doch so, dass nicht für alle Kinder der Weg über die Kantonsschule oder das Gymnasium die optimale Lösung ist. Viele Eltern investieren aber viel Geld in Nachhilfe, damit ihre Kinder diesen Weg ob sinnvoll

oder nicht einschlagen können. In der Schweiz haben wir das über alles gelobte duale System der Berufsbildung. Dies ermöglicht den Weg über die Kantonsschule / Gymnasium oder über die Berufslehre mit und ohne Berufsmaturitätsabschluss. Auch dieser Weg muss gepflegt werden, sonst fehlen uns irgendwann die fähigen Berufsleute im handwirklichen Bereich.

In unseren Schulen werden die Schülerinnen und Schüler so gefördert und gefordert, dass sie den für sie möglichst optimalen, ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten entsprechenden Weg im dualen Berufsbildungssystem gehen können. Die Lehrpersonen in Stein am Rhein nehmen ihre fachliche und pädagogische Aufgabe sehr ernst und bieten ihren Schülerinnen und Schülern eine hohe Qualität an Unterricht. Wie gesagt, ist der Weg via Kantonsschule nicht für alle Schülerinnen und Schüler möglich oder der optimalste. Für Erziehungsberichtigte, welche für ihr Kind eine Laufbahn via Kantonsschule sehen, ist es nicht einfach, zu akzeptieren, dass dies eher ihrem Wunschdenken als der Realität entspricht.

Im Stundenplan der Sekundarschulen des Kantons Schaffhausen wird eine Lektion Aufgabenhilfe für jede Klasse, d.h. für alle Schülerinnen und Schüler angeboten. In dieser Lektion Aufgabenhilfe kann die Lehrperson auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerin, des Schülers eingehen und diese entsprechend fördern. Leider ist festzustellen, dass nur wenige Schülerinnen und Schüler dieses freiwillige Angebot nutzen. Die Erziehungsberichtigten sind über dieses Angebot informiert, doch es scheint mir, dass der Spruch „Was nichts kostet, bringt nichts“ hier im Vordergrund steht. Dabei wird diese Lektion von uns Steuerzahlern mitfinanziert.

In der Oberstufe wird eine Lektion Aufgabenhilfe pro Klasse angeboten. Hier können die Lehrpersonen noch individueller auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen. Dieses Angebot steht und kann von den Schülerinnen und Schüler beansprucht werden. Hier ist sicherlich die Elternschaft gefragt, denn sie können ihre Kinder in die Aufgabenhilfe schicken und ihre Kinder so von einem wichtigen Zusatzangebot, welches an der Oberstufe schon besteht und nicht neu eingeführt werden muss, profitieren. In der Zeit der Kanti-Prüfung wurde die Aufgabenhilfe sogar obligatorisch gemacht. So müssen Eltern nicht noch zusätzlich in die Tasche greifen und viel Geld für Nachhilfeunterricht ausgeben.

Die Schule in Stein am Rhein bietet eine hohe Schulqualität. Die Schülerinnen und Schüler werden gemäss den im Lernplan vorgegebenen Zielen unterrichtet, gefördert und gefordert. Die Schulen sind ein wichtiger Standortvorteil für Stein am Rhein. Sie bittet den Postulanten und gleichzeitig Kandidat für das Stadtpräsidium, die abwertenden Aussagen, die in diesem Postulat stehen, nicht so leicht zu formulieren, denn die Schulen in Stein am Rhein sind gute Schulen. Die Aufgabenhilfe auch in der Primarschule kann genutzt werden für individuelle Unterstützung von Schülerinnen und Schüler und es braucht diese Zusatz-Investitionen nicht.

Katharina Rietmann, Pro Stein, erklärt, ihre Vorrednerin habe das gute Angebot, dass die Schulen Stein am Rhein anbieten, bereits mit kernigen Worten umrissen. Das Postulat erweckt den Eindruck, dass beinahe alle Kinder an der Mittelstufe in Stein am Rhein Nachhilfeunterricht beanspruchen würden. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Eine Umfrage in allen Klassen der Mittelstufe hat ergeben, dass aktuell maximal 5 von 71 Schülerinnen und Schüler privat Nachhilfeunterricht besuchen.

Der Kanton Schaffhausen geht von einem Anteil an Sek-Schülern in der Stammklasse E von ca. 60% aus. Die Primarschule in Stein am Rhein hat im Durchschnitt der letzten sechs Jahre eine Sek-Quote von 66% und liegt damit deutlich über dem kantonalen

Durchschnitt. Es erreichen also eher zu viele Schüler das höchste Niveau. Dieser Umstand führte vor vier Jahren sogar zu einer Intervention seitens der Schulaufsicht. Nach verordneten Vergleichsprüfungen mit anderen Gemeinden wurde die hohe Quote an höchst Niveau SchülerInnen eindeutig bestätigt. Im Weiteren erreichten die Steiner Schülerinnen und Schüler am PISA Test aus dem Jahre 2006 die kantonal besten Ergebnisse in Mathematik.

Häufigste Ursache bei der Entstehung von schulischen Defiziten muss man an anderer Stelle suchen. Kinder, die die Hausaufgaben nicht mehr oder oft unvollständig erledigen, ja wo schauen die Eltern hin? Sind die Eltern überhaupt noch fähig, um zu helfen? Kümmern sie sich darum, dass ihre Kinder die Hausaufgaben erledigen? Es ist nicht im Sinne der öffentlichen Schule, die Aufgaben des Elternhauses noch weiter zu übernehmen. Es ist auch Verantwortung der Eltern sicherzustellen, dass die Kinder ihre Aufgaben erledigen und wenn die Eltern das Gefühl haben, ihre Kinder weiter fördern zu wollen, ist das Sache der Eltern und nicht unbedingt der öffentlichen Hand. Sie sind grossmehrheitlich nicht für Überweisung dieses Postulates.

Urs Weibel, SP, hält fest, dass Franz Marty einmal mehr ein wichtiges und brennendes Thema aufgreift. Einmal mehr ist er aber irritiert und war anfänglich gar nicht sicher, was Franz Marty mit dem Postulat eigentlich will. Dank den anfänglichen Ausführungen ist nun klar, dass ein zusätzliches Angebot geschaffen werden soll. Die bereits angebotenen Lektionen in Stein am Rhein entsprechen ja bereits einem zusätzlichen Angebot, das nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Zusätzlich werden ja an der HOGA noch Förder- und Vorbereitungslektionen angeboten. In der Primarschule sind es rund 20 Kinder, die diese Lektion an einem Nachmittag besuchen, am anderen Nachmittag ist es eine kleinere Gruppe, wo dann auch individuell auf die einzelnen Kinder eingegangen werden kann. Es ist absolut richtig, dass es mit der Verlagerung vom Stoff immer weiter nach unten geht, z.B. Frühenglisch, sodass man auch als Eltern immer mehr gefordert wird, diesen Stoff auch vermitteln zu können oder die Kinder in diese zusätzlichen Lektionen der Aufgabenhilfe zu schicken. Dazu bietet auch die Kita einen sehr wichtigen Nebeneffekt, da in diesem Rahmen die Hausaufgaben auch wieder erledigt werden können. Jetzt ist die Frage, ob noch mehr gemacht werden muss. Ist es Aufgabe vom Staat, dass mehr Kinder in das höhere Niveau oder die weiterführenden Schulen kommen? Grundsätzlich findet er es gut, wenn Franz Marty mehr Lektionen fordert für die Steiner Schülerinnen und Schüler, dass man dieses Bildungsangebot ausbauen könnte. Aber auf der anderen Seite steht die Frage, wo ist die Grenze vom Staat, wo muss er jetzt wirklich eingreifen und wo muss nicht wieder etwas verstaatlicht werden, wie es Franz Marty bei der Kita erwähnt hat. Mit dem zusätzlichen Angebot, das Stein am Rhein mit der Aufgabenhilfe bietet und der bescheidenen Anzahl von Kindern in der Primarschule, die zusätzlichen Nachhilfe-Unterricht besuchen, sieht er die Notwendigkeit für dieses Postulat nicht.

Heidi Schilling, Schulreferentin, erklärt, schon ganz viel sei zum Thema gesagt worden wie Aufgabenhilfe, die in der Oberstufe leider weniger genutzt werde. Sie möchte zum Postulat doch auch noch kurz Stellung nehmen.

In der Oberstufe gibt es auch eine sehr gute Kanti-Vorbereitung mit verschiedenen Vorbereitungslektionen wie Lernatelier oder Besprechung der selbstgelösten Prüfungen angeboten. Auch ein Prüfungs-Probelauf mit den entsprechenden Vorbereitungen und Korrekturen gehört zum regulären Angebot an der Oberstufe. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass Schüler, welche mit Eigenverantwortung die nötige Hilfe und Unterstützung während dieser 10 Vorbereitungswochen nutzten, an einer weiterführenden Schule bestehen konnten.

Ein häufiges Problem ist, dass viele Kinder die Hausaufgaben nicht oder nur teilweise machen. Hausaufgaben sind ein Teil der Schule, was offensichtlich nicht von allen Kindern und Eltern wahrgenommen wird. Diese Hausaufgaben ermöglichen den Kindern, das Verantwortungsbewusstsein für ihre Arbeit zu stärken und die Eigeninitiative zu fördern. Dabei ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler auch von den Eltern unterstützt und begleitet werden. Gerade diese Haltung und dieser Respekt gegenüber dem schulischen Lernen machen den Kindern deutlich, dass die Eltern hinter dem Lernen und hinter der Schule stehen. Es ist aber eine Tatsache, dass die Schule komplexer geworden ist gegenüber früher. Gerade mit dem anspruchsvollen Lernstoff, z.B. in den Sprachfächern Deutsch, Französisch und Englisch, aber auch in der Mathematik, ist es nicht für alle Eltern eine Selbstverständlichkeit, ihren Kindern kompetent helfen zu können bei den Hausaufgaben. Auch hier ist die Aufgabenhilfe ein wichtiges Angebot.

Zahlreiche Studien und Untersuchungen zeigen, dass die frühestmögliche Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund sehr wichtig wäre für die Chancengleichheit und somit für den Schulerfolg. Hier bietet der Kanton Schaffhausen bis jetzt nur „Deutsch als Zweitsprache“ ab dem Kindergarten an. Wollte man die Chancengerechtigkeit tatsächlich erhöhen, müssten Investitionen in die Frühförderung vor dem Kindergarten getätigt werden (siehe Frühförderungskonzept des Kantons Schaffhausen, 2011) und nicht in Nachhilfestunden an der Primarschule.

Damit unser schweizerisches, duales Bildungssystem gut funktioniert, braucht es nicht möglichst viele Sekundarschüler und Gymnasiasten, sondern eine sinnvolle, den tatsächlichen Leistungen entsprechende Verteilung von E und G Schülern. Junge Leute mit einer abgeschlossenen Berufslehre haben gute Berufsaussichten und heutzutage auch die Möglichkeit, mit einer entsprechenden Weiterbildung an die verschiedenen Hochschulen zu gelangen.

Entwicklungen in der Gesellschaft, ein enormer Leistungsdruck und Wettbewerb um Lehrstellen und Studienplätze führen bei manchen Eltern zu unrealistischen Leistungsvorstellungen ihrer Kinder. Nicht jedes Kind ist von Natur aus ein E E E Schüler. Wenn aber Eltern auf Biegen und Brechen dieses Ziel erreichen wollen, kann dies nicht Aufgabe der Schule sein.

Der Stadtrat, beide Schulleitungen, die Schulbehörde sowie die Lehrerschaft sind der Meinung, dass das eingereichte Postulat überflüssig ist. Meine Nachfrage beim Elternrat hat ergeben, dass sowohl auf Primarstufe sowie auch auf der Oberstufe keine Beschwerden eingegangen sind, dass das vorhandene Angebot an unseren Schulen nicht genügen sollte. Der Stadtrat bittet den Einwohnerrat, das Postulat Marty "Nachhilfeunterricht für alle Schülerinnen und Schüler von Stein am Rhein" nicht zu überweisen.

Franz Marty möchte nochmals das Wort ergreifen. Das Wort „Entstaatlichung“ ist gefallen und es ist in Stein am Rhein tatsächlich so, dass wir eine grosse Entstaatlichung der Schule haben. Nicht zuletzt weil ab der Mittelstufe die Kinder reihenweise davonlaufen. Es ist auch so, dass die Hälfte aller Einwohnerräte, die Kinder in Stein am Rhein in der Schule hätten, diese nicht in Stein am Rhein in die Schule schicken, das ist Fakt und aktuell. Er fragt sich dann auch, wie gut ein Produkt ist, das gratis ist, wenn die Leute Geld ausgeben, weil sie das Produkt irgendwo anders besser bekommen. Betreffend Unterstützung der Eltern und Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen, da hat er persönlich zwiespältige Erfahrungen auf der Mittelstufe gemacht. Es ist Aufgabe der Eltern, zu kontrollieren, ob die Kinder die Hausaufgaben pflichtgemäss erledigen. Dies ist in Zusammenarbeit mit den Lehrern fast nicht möglich und bedeutet einen enormen Aufwand, vor allem wenn die Kinder dies in den unteren Stufen nicht lernen. Das Problem ist ja meistens beim Übertritt in die Oberstufe. Da ist die Erfahrung, die er gemacht

hat, dass der Lehrer sagt, das grösste Problem sei die Disziplinlosigkeit. Man stellt sich als Eltern die Frage, wenn 80% die Aufgaben nicht erledigen, geschieht das erst seit vier Wochen nicht mehr oder war das schon vorher so und wenn ja, wieso hat das niemand bemerkt.

Er hat keine Erwartung, dass dieses Postulat überwiesen wird, aber er geht davon aus das etwas Ähnliches in Form einer Volksmotion vor den Einwohnerrats-Wahlen wieder daherkommt.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, möchte einfach noch zur Information der Zuhörer festhalten, dass es nicht mehr viele Einwohnerräte hat, deren Kinder in Stein am Rhein schulpflichtig sind, die Hälfte davon ist als Zahl eher etwas fragwürdig.

Heidi Schilling möchte noch etwas auf die Aussage von Franz Marty erwidern, dass die Kinder reihenweise an einem anderen Ort zur Schule gehen, dies stimmt natürlich so absolut nicht. Aus der Primarstufe waren es per Dezember 2011 12 Kinder, die die Schule ausserhalb Stein am Rhein besuchen. Gerade in Stein am Rhein haben wir wegen der Grenznähe immer wieder Familien aus Deutschland, die sich in Stein am Rhein niederlassen, aber die Kinder bewusst in Öhningen zur Schule schicken. Diese sind auch nicht wirklich daran interessiert, dass diese hier integriert werden. Zudem kann man in Öhningen bereits ab 3 Jahren die Betreuung beanspruchen, die Kinder sind täglich bis 15 Uhr aufgehoben, damit können wir nicht mithalten. Zudem gibt es noch die International School, die auch eine sehr gute Sache ist und wo die Eltern aus gutem Grunde entscheiden können, ihre Kinder dorthin zu schicken. Stein am Rhein hat sein Angebot und das kann nicht heissen, dass die Schulen aus Stein am Rhein deshalb schlecht sind. Es gibt verschiedene Möglichkeiten und Betrachtungen und so werden diese auch benutzt.

Werner Schmid, FDP, hat keine Kinder und ist in der Schule nicht direkt involviert, aber sehr viele der Lehrlinge haben die Schulen in Stein am Rhein besucht und er kann einfach sagen, das sind ganz tolle junge Leute, gut ausgebildet und anständig. Er kann nicht nachvollziehen, dass man die Schulen in Stein am Rhein so schlecht machen muss.

Ruedi Vetterli, parteilos, möchte noch etwas aus Sicht der Kinder sagen, eine Lanze brechen für die Kinder und vor allem für die Kindheit. Er hat beruflich mit lauter Kindern zu tun, von denen nie eines Arzt oder Anwalt werden wird. Und er hat auch jeden Tag mit den Erwartungen von Erwachsenen an die Leistungsfähigkeit ihrer Kinder zu tun, die manchmal realistisch sind, aber manchmal auch total unrealistisch und die Kinder unter einen enormen Druck setzen. Das Dilemma daran ist ja, dass Kinder unterstützt werden sollten und Nachhilfe erhalten, wenn sie das auch möchten und nach dem ganzen Schulunterricht und was sonst noch alles läuft, auch noch schaffen. Und das ist leider nicht immer überall der Fall. Und nicht allen Kindern, die von den Eltern Nachhilfe-Unterricht bezahlt bekommen, tut das auch gut. Sie schreiben in der nächsten Prüfung vielleicht eine gute Note, aber es tut einfach nicht gut. Dann möchte er noch eine Kinderpsychologin zitieren, die bei ihnen arbeitet: „Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht!“. Er möchte nichts gegen Nachhilfestunden sagen, dort wo es Sinn macht, aber das ist kein Allerheilmittel, das dann alles gut macht und in jedem Fall sinnvoll ist. Die Entwicklungsfähigkeit eines Menschen besteht nicht nur aus Schulnoten und ob er an die Kanti geht oder die Matura irgendwann später auf einem anderen Weg macht. Seine Schüler, die nicht Anwalt oder Arzt werden, kommen trotzdem zurück und beweisen, dass sie auch etwas zu Stande gebracht haben.

Franz Marty möchte erwähnen, dass es nicht nur Kinder gibt, die nach Deutschland gehen sondern auch solche, die zu uns kommen. Ohne ein Kind aus Deutschland wäre der Waldkindergarten gar nicht zu Stande gekommen.

Beschluss:

Das Postulat Marty „Nachhilfestunden an den Schulen der Stadt Stein am Rhein“ wird mit 1 Ja-Stimme gegen 11 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung als nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Motionär Franz Marty, Einwohnerrat, Schwarzhorngass 6, 8260 Stein am Rhein
Schulreferentin
Stadtschreiber
Ablage

INNERES, Einwohnerrat **03.20.**

8. Allgemeine Umfrage

Rolf Oster, SP, möchte dem Stadtrat und dem Stadtschreiber, Stephan Brügel, danken für die periodischen Informationen, die sie erhalten und dass man auch in der Zeitung lesen kann, was abläuft und wie man gedenkt, diese Prozesse zu machen. Er stellt fest, das hat sich wesentlich geändert und dafür möchte er einfach auch den Mitarbeitern danken, die im Hintergrund irgendwelche Information für diese Berichte bereitstellen, er hoffe er tue dies im Namen des ganzen Einwohnerrates.

*****

Werner Käser, FDP, möchte die Sitzung nicht künstlich verlängern, hat aber eine Frage betreffend Burg Hohenklingen. Ist es richtig, dass der Stadtrat die Firma Gastro-Consult beauftragt hat, Abklärungen und Beratungen zum Thema Restaurant Burg Hohenklingen vorzunehmen? Wenn ja, welcher Art und Umfang ist dieser Auftrag und sind die Kosten bekannt. Er weiss von Gastro-Beratungen in der Stadt Schaffhausen, die mehrere 10'000 Franken gekostet haben. Ist bekannt, dass es auch in Stein am Rhein einen spezialisierten Gastro-Berater gibt, wurde dieser auch für eine Beratung angefragt.

René Meile, Vizepräsident, erklärt, ein Auftrag wurde bereits erteilt. Der Stadtrat ist frei, wem er diesen Auftrag erteilen will. Die Beurteilung wird Fr. 17‘000.- kosten und liegt in der Kompetenz des Stadtrates.

*****

Georg Berner, parteilos, möchte wissen, bis wann man mit der Vorstudie betreffend Geothermie rechnen kann.

Beat Hug, Baureferent, kann keinen definitiven Termin nennen. Sie haben erst einmal einen Vorabdruck erhalten. Der Heizungsingenieur und der Planer sind noch an der Erstellung und er hofft, dass das bis Mitte Jahr, spätestens 2. Drittel, vorliegt.

*****

Uschi Knecht, FDP, möchte wissen, wie der Mittagstisch läuft und wie läuft es weiter mit diesem Thema in der Oberstufe.

Heidi Schilling, Schulreferentin, informiert, dass zur Zeit 8 - 12 Kinder den Mittagstisch der Primarschule im Bürgerasyl besuchen. Es hat auch eine Sitzung mit der Arbeitsgruppe Tagesstrukturen stattgefunden und der Mittagstisch sollte in dieser Form weitergeführt werden, denn die Tendenz ist steigend. Ende Mai wird eine nächste Sitzung stattfinden, bei der man auch die Oberstufe genauer anschauen wird, zu dieser Sitzung wird auch die Schulleiterin Oberstufe eingeladen.

*****

Ernst Böhni, Werkreferent, teilt mit, dass es betreffend Pumpstation eine Änderung geben wird. Das alte Pumphaus wird abgerissen und ein neues, einzelnes Pumphaus gebaut. Von den Kosten her ist man im Rahmen, da das alte Pumphaus hätte restauriert werden müssen.

Bei der Waldbegehung 2012 findet ein kleines Novum statt, da die Gemeinde Hemishofen auch eingeladen wird. Grund ist die Verbindung der Wasserleitung mit Hemishofen. Die Waldbegehung wird wiederum vom Forstamt aus organisiert, aber Hemishofen wird auch daran teilnehmen und das Highlight ist, dass dann dieser Hahn geöffnet werden wird.

*****

Werner Schmid, FDP, informiert, dass der Stadtrat zusammen mit der Phoenix Mecano am 7. Juni 2012 den 1. Steiner Wirtschaftsapéro organisiert. Die Einladungen werden nächste Woche verschickt und er würde sich freuen, wenn die Mitglieder des Einwohnerrates, sofern möglich, daran teilnehmen würden.

*****

Stephan Brügel, Stadtschreiber, erinnert daran, dass der Einwohnerrat im Herbst 2011 der Teilrevision der Polizeiverordnung zugestimmt hat. Man hat seinerzeit festgehalten, dass man eine Aktion starten werde und der Einwohnerrat wurde zu einer Säuberungsaktion eingeladen. Er möchte noch schnell den Ablauf schildern. Mit der Presse fand die Information heute statt. In den nächsten 14 Tagen läuft eine Plakat-Aktion mit Gesichtern, die alle kennen, diese Plakatständer stehen im ganzen Städtchen und machen auf die Problematik Littering aufmerksam. Anschliessend kommt eine wöchige Aktion, bei der Stephan Brügel bittet, dies von der humoristischen Seite her zu sehen, es wird auf Augenhöhe gezeigt, was sonst auf dem Boden des Städtchens herumliegt. Als dritter Schritt wird ab Donnerstag, 3. Mai – Mittwoch, 9. Mai alles, was auf dem Boden liegt, einfach liegen gelassen. Die Kübel werden selbstverständlich geleert, aber was auf den Boden fliegt, bleibt liegen. Am Mittwoch, 9. Mai abends findet dann ein kleiner Event statt, zu dem wie auch der Einwohnerrat, die Bevölkerung eingeladen ist, bei dem man gemeinsam das liegengelassene Material einsammelt und anschliessend bei Wurst, Brot und Bier noch etwas zusammensteht.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, erklärt den Zuhörerinnen und Zuhörer, dass man morgen in der Zeitung über diese Littering-Kampagne lesen kann und auch immer über die nächsten Schritte informiert werden wird.

*****

Georg Berner, parteilos, verteilt einen Artikel der Wettbewerbskommission über die Büssung von Baufirmen im Aargau von insgesamt über Fr. 4 Mio. Der Grund ist, dass diese Firmen bei Bau-Submissionen im Kanton Aargau diese unter einander abgesprochen und auch Gebiets-Aufteilungen vorgenommen haben. Ein Name auf der Liste ist ein Hof- und Hauslieferant der Stadt Stein am Rhein.

Er war Mitglied der Kommission Herfeld und er war unglaublich erstaunt, wie sich diese Kommission Herfeld entwickelt hat, vor allem finanziell. Er hat von der GPK immer wieder gehört, was für ein Desaster dies war mit der Abrechnung und er hat selber 4 Tage Freizeit investiert um das ganze aufzuarbeiten als Kommissionsmitglied, dem das nahe gegangen ist. In der Kommission hatte er immer den Eindruck, es läuft alles und dann musste er zusammen mit der GPK feststellen, dass nicht alles so sauber abgelaufen ist, wie man dies eigentlich bei gewissen ethischen Grundsätzen erwarten würde.

Er hat dies vorgängig mit Stephan Brügel bereits angeschaut. Er hat mit Stephan Brügel eine bilaterale Vereinbarung, dass dieser versucht in Zukunft solche Submissions-Ausschreibungen so hinzubringen, dass es nicht so herauskommt wie im Kanton Aargau. Es ärgert ihn furchtbar, dass man teilweise über Beträge von Fr. 10'000 und Fr. 20'000 streitet, auch im sozialen Bereich und in den letzten 18 Monaten hat man über 22 Mio. Fr. Baugeschäfte genehmigt und hat erst nach langem Streiten in der HOGA-Kommission minimale Controlling-Funktionen installieren können. Die Stadt tätigt nach wie vor Geschäfte, bei denen die minimalsten betriebswirtschaftlichen Controlling-Funktionen nicht gepflegt werden. Er hat auf eine Motion/Vorstoss im Moment verzichtet und hat Vertrauen in Stephan Brügel, dass dieser auf den Einwohnerrat zukommt und die Aufträge in Zukunft anders ausgeschrieben werden.

*****

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung 22.35 Uhr

Stein am Rhein, 16. April 2012

Die Protokollführerin

Yvonne Widmer